

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Sozialdemokrat, 1. u. 2. Aufl. 1923.
Bolschewiki nachzulesen, zu erblicken. Es spricht daraus vielmehr der Geist der herrschenden Klassen aller Länder, wie er in dieser bestimmten Epoche der geschichtlichen Entwicklung, den veränderten politischen und sozialen Machtverhältnissen entsprechend, erstehen mußte. Solange die Demokratie den besitzenden Klassen den Alleinbesitz der Herrschaft im Staate sicherte, war die Bourgeoisie, welcher Nation immer, liberal, freisinnig, fortschrittlich und demokratisch, immer nur so weit allerdings, als es sich mit der Wahrung ihrer Besitzinteressen vertragen. Damals war es ein politischer Gemeinplatz, daß jeder wahre Bürger das Banner des Fortschritts und des Liberalismus „unentwegt“ hochhalten müsse. Das hat sich seither gründlich geändert. Nach dem Umsturz hat die Bourgeoisie eine Zeitlang um ihren Besitz gezittert: der Schrecken, der ihr damals durch die Glieder jagte, hat sie jetzt, da die „heilige Ordnung“ wiedergekehrt ist, nur um so brutaler und gewalttätiger gemacht: nie wieder möchte die Bourgeoisie die Tage wiederkommen sehen, da sie vor der Masse sich knieflohernd verkröcht. Freudeausdrückend begrüßt sie daher jede Maßregel, welche das Proletariat politisch oder wirtschaftlich knebelt und sie jubelt hier Mussolini, dort Hitler oder auch Dr. Kramarisch zu, von denen sie erhofft, daß sie der gehähten Masse den Fuß gehörig auf den Nacken setzen werden. Die Freude an der Demokratie ist ihr gründlich verleidet worden, seitdem die politische Macht der Arbeiterklasse gewachsen ist, deren Vertreter in den Parlamenten nicht mehr eine bloße Aushilfsrolle spielen müssen und somit die Demokratie aufgehört hat, bloß das Instrument der Macht der bürgerlichen Klassen zu sein.

3. Jahrgang.

Samstag, 23. Juni 1923.

Nr. 144.

Ein Diktator wird gesucht!

Es ist keine vereinzelte Erscheinung, daß die tschechische Bourgeoisie der Demokratie überdrüssig geworden ist. Wenn Dr. Kramarisch schon ganz offen nach der Diktatur ruft und seine Klassengenossen und Söldlinge alle Anstrengungen machen, um eine faschistische Garde um sich zu jammeln, die der Demokratie den Garauß machen soll, so ist darin auch nicht bloße Nachahmungssucht, nicht bloß das Streben, Mussolini nachzuäffen, zu erblicken. Es spricht daraus vielmehr der Geist der herrschenden Klassen aller Länder, wie er in dieser bestimmten Epoche der geschichtlichen Entwicklung, den veränderten politischen und sozialen Machtverhältnissen entsprechend, erstehen mußte. Solange die Demokratie den besitzenden Klassen den Alleinbesitz der Herrschaft im Staate sicherte, war die Bourgeoisie, welcher Nation immer, liberal, freisinnig, fortschrittlich und demokratisch, immer nur so weit allerdings, als es sich mit der Wahrung ihrer Besitzinteressen vertragen. Damals war es ein politischer Gemeinplatz, daß jeder wahre Bürger das Banner des Fortschritts und des Liberalismus „unentwegt“ hochhalten müsse. Das hat sich seither gründlich geändert. Nach dem Umsturz hat die Bourgeoisie eine Zeitlang um ihren Besitz gezittert: der Schrecken, der ihr damals durch die Glieder jagte, hat sie jetzt, da die „heilige Ordnung“ wiedergekehrt ist, nur um so brutaler und gewalttätiger gemacht: nie wieder möchte die Bourgeoisie die Tage wiederkommen sehen, da sie vor der Masse sich knieflohernd verkröcht. Freudeausdrückend begrüßt sie daher jede Maßregel, welche das Proletariat politisch oder wirtschaftlich knebelt und sie jubelt hier Mussolini, dort Hitler oder auch Dr. Kramarisch zu, von denen sie erhofft, daß sie der gehähten Masse den Fuß gehörig auf den Nacken setzen werden. Die Freude an der Demokratie ist ihr gründlich verleidet worden, seitdem die politische Macht der Arbeiterklasse gewachsen ist, deren Vertreter in den Parlamenten nicht mehr eine bloße Aushilfsrolle spielen müssen und somit die Demokratie aufgehört hat, bloß das Instrument der Macht der bürgerlichen Klassen zu sein.

Nur wenn man diesen Zusammenhang erkannt hat, wird man es verstehen, daß das noch vor wenigen Jahren demokratisch und freiheitlich gesinnte tschechische Bürgertum alle reaktionären und diktatorischen Tendenzen sich freudigst zu eigen gemacht hat. So daß, als jüngst Dr. Kramarisch in der bekannten Melniker Versammlung sein faschistisches Glaubensbekenntnis in die Worte setzte: „Wenn es nicht mit dem Parlament gehen sollte, so muß es ohne Parlament gehen“, seine Zuhörer stürmisch Beifall klatschten. Wollte man dies als den Ausdruck einer besonderen schlechten Befenseigenschaft des tschechischen Bürgertums ansehen, so hieße das, über die allerdings rasche Wandlung der tschechischen Bourgeoisie von demokratischen Ansinnen zur diktatorischen Gesinnung ein recht oberflächliches Urteil fällen. Eine rein moralische Wertung dieser auffälligen Wandlung der politischen Gesinnung muß ihr Ziel verfehlen. Das tschechische Bürgertum war bis zum Umsturz, im Gegensatz zur deutschen Bourgeoisie, demokratisch gesinnt, weil die Demokratie ihm das Mittel zur Erreichung der Herrschaft war, wie umgekehrt das deutsche Bürgertum, das seine Macht gegen die aufstrebenden anderen Nationalitäten im Staate und gegen die Arbeiterklasse verteidigte, konservativ und reaktionär jeden demokratischen Fortschritt mit Klauen und Zähnen zu hindern suchte. Die Kassen haben bis zu einem gewissen Maße gewechselt: heute idwingen die deutschbürgerlichen Parteien das Banner der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes, doch weiß man, daß die edlen Bannerträger niemand anderer sind, als die alten ausgepöhlten struppelosen Reaktionäre von einst, während die Partei des tschechischen Bürgertums die Stellungen ihrer Vorgänger in der staatlichen und wirtschaftlichen Vormachtstellung bezogen hat und nun in ihrer Rückwärtsentwicklung zur Reaktion beim Verlangen nach

Brbensky und Genossen ihrer Mandate verlustig erklärt!

Der Wahlgerichtshof fällt gestern die Entscheidung, Dr. Brbensky, Dr. Bartosel, Dragl und Frau Landa-Styck wegen „niedriger und unehrenhafter“ Motive die Mandate abzurufen.

In später Abendstunde wurde gestern die unglaublich klingende Entscheidung bekannt, die der Wahlgerichtshof auf das Verlangen der nationalsozialistischen Partei hin gefällt hat, den ausgeschlossenen Abgeordneten Dr. Brbensky, Dr. Bartosel, Dragl und Frau Landa-Styck die Mandate abzurufen. Der Ausschluß erfolgte bekanntlich wegen der Haltung der genannten Abgeordneten bei der Behandlung des Schutzes, da diese sich der Diktatur der Koalition nicht fügten und Änderungsanträge zu dem Gesetz erst im Klub und dann im Plenum einbrachten, die den erzkonservativen Kossackten und den übrigen Klüßern und Dichtern der Pölsa die Freude an ihrem ruhmvollen Werke ein wenig trübten. Und daß Brbensky und Genossen sich erlaubten, den blinden Gehorsam gegen die allnationale Koalition zu durchbrechen, ist ja gar nicht die Erklärung für das gestern gefällte Urteil, dessen nähere, ausführliche Qualifizierung wir uns vorbehalten. Die Entscheidung des Wahlgerichtshofes ist eine rein politische und nimmt etwa das Niveau ein, auf dem sich die Politik hierzulande überhaupt bewegt. Die Entscheidung wurde mit einer Fügigkeit und Großzügigkeit herbeigeführt, wie keinen Zweifel an der Klarheit aufkommen läßt, die unter den Mitgliedern des Wahlgerichtshofes herrschte. Mit Zeugeneibernahmen und Prüfung vorgelegter Akten hat das Gericht sein Verfahren nicht belastet. Das ist ja auch dort nicht nötig, wo es sich um die Alleinigkeit handelt, vier im politischen Leben an erster Stelle stehenden Personen niedrige und unehrenhafte Motive ihrer Handlungsweise „nachzuweisen“. — Kramar und Kosač, Běchyně und Kramel können nun ruhig schlafen: die Opposition ist um vier Stimmen geschwächt, die Koalition um vier Stimmen gestärkt — was sie doch so notwendig hat.

Prag, 22. Juni. Heute begann vor dem im Prager Obersten Verwaltungsgericht tagenden Wahlgericht unter Vorsitz des Verwaltungsgerichtspräsidenten Dr. Bantuchel die Verhandlung über das Ansuchen des Vollzugsausschusses der tschechischen sozialistischen Partei auf Aberkennung der Mandate Dr. Brbensky, Dr. Bartosel, Dragl und Landa-Styck. Die vier aus der tschechoslowakischen sozialistischen Partei ausgeschlossenen Abgeordneten nahmen an der Verhandlung teil. Die tschechoslowakische sozialistische Partei war durch Dr. Kosač vertreten. Die Interessen der ausgeschlossenen Abgeordneten vertrat Dr. Bartosel.

Zu Beginn der Verhandlung gab der Referent Dr. Kosač bekannt, daß es sich im vorliegenden Falle um den Antrag des Vollzugsausschusses der tschechoslowakischen sozialistischen Partei handle, daß das Wahlgericht möge die Entscheidung treffen, daß den vier ausgeschlossenen Abgeordneten die Mandate abzurufen sind. Hierauf legte der Vorsitzende des Wahlgerichtshofes die

Erklärungen beider Parteien

vor. In der Erklärung der tschechoslowakischen sozialistischen Partei heißt es, daß die Partei am 31. März vier Anträge eingereicht habe, in denen sie auf Grund des § 13 des Wahlgesetzes fordere, daß den ausgeschlossenen Abgeordneten die Mandate aberkannt werden. In diesen Anträgen beruft sich die Partei einerseits darauf, daß die ausgeschlossenen Abgeordneten bei ihrem Eintreten in die Partei einen Revers unterschrieben haben, dem zufolge sie sich jederzeit des Mandates begeben, wenn es die Partei verlangt; andererseits beruft sich die Partei auf den Beschluß des erweiterten Vollzugsausschusses der Partei, durch den die genannten Abgeordneten wegen niedriger und unehrenhafter

Beitritts zum Parlament und Vernichtung der Demokratie angelangt ist. „Wenn es nicht mit dem Parlamente gehen sollte, dann muß es ohne Parlament gehen!“ In lapidarer Kürze ist das politische Glaubensbekenntnis der kapitalistischen Klassen hier ausgedrückt: das Parlament mag bestehen bleiben, solange es uns dient und solange es geeignet ist, uns an der Macht zu erhalten; widersteht es sich, uns zu gehorchen und wählt das Volk nicht nach unserem Geismad, dann „muß es ohne Parlament gehen“. Demokratie, Parlamentarismus, Diktatur, wie immer die politische Regierungsform ausfällt, sie ist der Bourgeoisie recht, wenn sie nur geeignet ist, ihr den Staat auszuliefern! Die Gesinnungstüchtigkeit dieses Bürgertums hat Georg Herwegh einst in den Worten bejungen: „Und der König absolut, wen er unsern Willen tut!“

Die tschechische Bourgeoisie ist zu schwach, um aus eigener Kraft an die Beseitigung der demokratischen Einrichtungen schreiten zu können. Dennoch verhilft sie kaum mehr ihr Ziel und ein nationaldemokratisches Blatt konnte vor kurzem verkünden, man müsse sich

Motive ihres Vorgehens aus der Partei ausgeschlossen wurden. Den genannten Abgeordneten wurde am 15. März der Ausschluß aus der Partei bekannt gemacht und als Grund eine grobe Verletzung der Disziplin, die durch das Organisationsstatut vorgeschrieben sei, angeführt. Die Abgeordneten sind zur Niederlegung der Mandate aufgefordert worden, welcher Beschluß für sie, da er ein Majoritätsbeschluß war, als Mitglieder des Klubs bindend sein mußte.

In der Erklärung der ausgeschlossenen Abgeordneten geben diese zu, daß sie den Revers unterschrieben haben, und daß sie auf das Programm der tschechoslowakischen sozialistischen Partei gewöhnt wurden. Der Beschluß, daß sie wegen Niedrigkeit und Unehrenhaftigkeit ihres Handelns ausgeschlossen wurden, enthalte jedoch für sie eine Ehrenbeleidigung und sie beantragen daher, daß die Verhandlung des Wahlgerichtshofes bis zur gerichtlichen Entscheidung über die Ehrenbeleidigung unterbrochen werde, die die ausgeschlossenen Abgeordneten gegen den erweiterten Vollzugsausschluß erhoben haben. Die ausgeschlossenen Abgeordneten haben die Zustchrift des Ausschusses erhalten, doch da sie sich nicht selbst als schuldig bezeichnen wollten, haben sie die Einwendungen, die sie binnen 24 Stunden zu Händen des Präsidenten der Nationalversammlung hätten richten müssen, nach auch die Erklärung, daß sie ihre Mandate niederlegen, unterlassen. Zum Schluß wenden die ausgeschlossenen Abgeordneten ein, daß ihnen beim Zusammenbruch der anarchistischen Gruppe mit der tschechoslowakischen sozialistischen Partei fünf von zehn Mandaten angeboten wurden, woraus sie schließen, daß die Mandate der genannten Gruppe und nicht der Partei, auf Grund deren Programm die Wahl erzielt wurde, angehören.

die Tatsache vergegenwärtigen, daß die Diktatur möglich, ja notwendig dort sei, wo die Regierung der Demokratie „verjagt“ und wo sie „falsch“ und „mißbräuchlich“ ausgeübt werde, und man weiß, daß der Bourgeoisie alles als „Mißbrauch“ erscheint, was ihren Geldsack und ihren Einfluß einzuzuhören geeignet ist. Eine „solche Diktatur“ wäre notwendig und hoffentlich werde sich „in der zwölften Stunde“ auch ein Diktator finden, der das Vaterland rettet. Der gesuchte Diktator ist nicht mehr fern, er eilt von Versammlung zu Versammlung, erzählt, wie heiß ihn „das Volk“ und empfiehlt sich dem geehrten Publikum als der kommende starke Mann, der das „Vaterland“ vom Uebel der Demokratie befreit. Der gute Wille fehlt nicht, es fehlen nur noch die Mannen, die Herrn Dr. Kramarisch und seiner Klasse die Kastanien aus dem Feuer holen. Hier wird allerdings der Herr Diktator einige Enttäuschung erleben. Die Arbeiterklasse, auch nicht die tschechische, wird keine Lust zeigen, sich für die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kramarisch und Konjorten den Strick um den Hals zu legen.

Nach der Verlesung der Erklärungen beider Parteien, kam

der Rechtsvertreter der tschechoslowakischen sozialistischen Partei Dr. Kosač

zu Worte, der unter anderem ausführte, daß die ausgeschlossenen bei ihrem Eintritt in die Partei sich freiwillig dem Organisationsstatut unterworfen. Es kam jedoch bald zu Reibereien mit dieser Gruppe innerhalb der Partei, da die ausgeschlossenen Abgeordneten immer eine eigene Partei innerhalb der Partei blieben. Der Exekutiv-Ausschuß hatte besonders Gelegenheit, sich mit dem Vorgehen der Frau Landa-Styck des öfteren zu beschäftigen. Frau Landa-Styck wurde ohne Wissen der Partei Mitglied des Arbeitslokalrates und beteiligte sich gegen das Verbot der Partei an einer Sitzung auf der Sophieninsel in Prag. Auf diese Weise wurde die Partei zur Spaltung gedrängt. Zum offenen Konflikt kam es aber erst bei der Beratung des Schutzgesetzes. Nachdem die Vorlage dieses Gesetzes im Verfassungsausschuß von allen koalitierten Parteien bereits genehmigt war, kamen knapp vor der Abstimmung im Plenum die ausgeschlossenen Abgeordneten mit ihren 23 Änderungsanträgen in den Klub. Der Klub beschloß, diese Anträge den koalitierten Parteien vorzulegen, und es sei ausgemacht worden, daß, wenn die koalitierten Parteien diese Anträge ablehnen, alle Abgeordneten für die Vorlage in unveränderter Form stimmen werden. Als dann die Änderungsanträge abgelehnt wurden, haben die ausgeschlossenen Abgeordneten hinter dem Rücken der Partei sich Unterschritten von Abgeordneten verschiedener oppositioneller Parteien beschafft und haben die Änderungsanträge im Plenum überreicht. Dr. Bartosel hat im Plenum für diese Anträge gesprochen und auch für sie gestimmt. Die Handlungsweise der ausgeschlossenen Abgeordneten habe auf den Klub einen niederschmetternden Eindruck gemacht und es sei dem Klub nichts übrig geblieben, als die vier Abgeordneten, die die Klubsitzung so schmerzlich verletzt hatten, auszuschließen. Der Vollzugsausschuß der Partei mußte dann daselbst im. Eine Verlesung der Ausschlossene an die Parteivertretung sei abgewiesen worden. Die Ausschlossene haben aber noch als Parteiangehörige in einem Flugblatt die Herausgabe einer eigenen Zeitung angemeldet und in diesem Worte der dem Parteikonkret die eigene Partei angegriffen. Die Tatsache, daß der Vollzugsausschuß die Abgeordneten niedriger und unehrenhafter Motive schuldig befunden und darum aus der Partei ausgeschlossen hat, genügt, daß der Wahlgerichtshof erkläre, die Abgeordneten seien ihrer Mandate verlustig. Durch die ausgeschlossenen Abgeordneten seien wiederholt und groblich die vertraglichen und moralischen Verpflichtungen, die sie auf sich genommen haben, verletzt worden. Die Unterschritten auf dem Revers seien keine bloße Formalität gewesen und die Abgeordneten hätten die Pflicht gehabt, das, was sie freiwillig übernommen, auch zu erfüllen. Daher beantragt Dr. Kosač den Mandatverlust anzusprechen und die auf der Kandidatenliste der Partei zunächst stehenden Ersatzmänner an die Stelle der Ausschlossenen zu berufen.

Hierauf kam als erster der vier ausgeschlossenen Abgeordneten

Abgeordneter Dr. Bartosel

zu Worte, der in einer durchaus sachlichen Rede die Einwendung seiner Gegner zu widerlegen und die Handlungsweise der ausgeschlossenen Abgeordneten zu verteidigen suchte. Besonders verwahrte sich Dr. Bartosel dagegen, daß die Ausschlossene aus unehrenhaften und niedrigen Motiven gehandelt hätten. Für das Wahlgericht seien nur drei Gründe, die von der antwortstellenden Partei vorgebracht wurden, maßgebend. Es sei dies die Abstimmung über das Schutzgesetz, die Ueberreichung der Änderungsanträge und die Unterschritten Angehöriger fremder Klubs auf diesen Änderungsanträgen. Das Wahlgericht und nicht die Partei habe zu entscheiden, ob die Ausschlossene unehrenhaft vorgegangen sind. Dr. Brbensky und die anderen Ausschlossene haben erst nach dem 13. Feber, als ihnen der Wortlaut des Schutzgesetzes bekannt wurde, Gelegenheit gehabt, Änderungsanträge auszuarbeiten.

Es war für die Ausschlossene eine Frage der politischen Ehre, Änderungsanträge einzubringen, weil sie als Abgeordnete sich nicht zu bloßen Figuren machen lassen wollten.

Auf solche Mandate müßten die Ausschlossene verzichten.

Die Änderungsanträge hätten dem Parteiprogramm nicht widersprochen und selbst Kosač hätte einige dieser Anträge gutgeheißen. In der Entscheidung des Klubs über den Ausschluß sei zuerst von niedrigen und unehrenhaften Motiven

nicht die Rede gewesen. Erst in der Sitzung des Vollzugsausschusses habe Senator Dr. Klouda erklärt, daß vom parteipolitischen Standpunkt in dem Vorgehen der Verbensky-Gruppe Niedrigkeit zu erblicken sei. Auf diese Weise sei dann der Bassas von der Unehrenhaftigkeit in die Entscheidung des Vollzugsausschusses gekommen. Der Revers sei faktisch eine bloße Formalität, da ihn beispielsweise Dr. Verbensky und Frau Londa-Stich erst einige Wochen nach der Wahl unterschrieben haben, obwohl es im Revers heißt: „für den Fall der Wahl“. Die Mandate der ausgeschlossenen Gruppe sind auch in Wirklichkeit die Mandate der verbleibenden anarcho-sozialistischen Gruppe, wofür Dr. Bartosel Beweise erbringen könne. Dr. Verbensky und Genossen haben sich gegen die Oligarchie im Parlamente, die unter den Koalitionsparteien herrscht, gewehrt und mühten daher aus der Partei ausgeschlossen werden. Daß sie nicht allein stehen, dafür zeugen die Rundgebungen von 116 Organisationen. Zum Schluß seiner Ausführungen verwies Dr. Bartosel darauf, daß schon zu wiederholtenmalen selbst Koalitionsparteien an Oppositionsparteien herangetreten sind, um deren Unterschriften für Anträge zu gewinnen. Es könne daher in dem Vorgehen der Verbensky-Gruppe, die für ihre Änderungsanträge zum Schutzgesetz sich Unterschriften gesammelt hat, nichts Unehrenhaftes liegen. Dr. Bartosel beantragte dann, das Wahlgericht möge die Verhandlung vertagen, bis eine Reihe der von ihm gestellten Anträge erledigt sei. Unter anderem verlange er auch die Vertagung einer ganzen Reihe von Zeugen.

Nach der Rede Dr. Bartosels vertagte der Vorsitzende die Verhandlung auf halb 3 Uhr nachmittags.

In der **Nachmittagsverhandlung** ergriff zuerst

Abg. Dr. Verbensky

das Wort und wies darauf hin, daß bei den Verhandlungen im März und April des Jahres 1918, als die heutige tschechoslowakische sozialistische Partei aus dem Zusammenschluß von vier Parteien geschaffen wurde, das Programm der Anarcho-Kommunisten, das im Jahre 1914 bereits bestand, zum Kernpunkte des heute noch bestehenden Parteiprogrammes der tschechoslowakischen sozialistischen Partei gemacht wurde. Die Anarcho-Kommunisten waren die einzige Partei, die bereits das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen und Slowaken und die Schaffung eines unabhängigen tschechoslowakischen Staates verlangt haben. Dieses Programm halten wir bis heute aufrecht. Wir haben gegen das Schutzgesetz Stellung genommen in Konsequenz des Parteiprogrammes, welches von seinen Vertretern verlangt, jede Veränderung der Basis des Staates, wie sie von der revolutionären Nationalversammlung beschlossen worden war, hintanzuhalten. Nach unserer Ansicht verändern die Auswirkungen des Schutzgesetzes die Basis des Staates.

Der Vollzugsausschuß hat die Verbensky-Gruppe aus der Partei ausgeschlossen, nicht aber die Masse, denn die Verbensky-Gruppe hat heute nach einhelligem Beschluß der Tätigkeit bereits 15.000 eingeschriebene Mitglieder. Weil die Ausschließung sich nicht der Diktatur der Exponenten der Basis haben beugen wollen, wurden sie aus der Partei ausgeschlossen.

Nach Dr. Verbensky, dessen Rede auf das Auditorium einen großen Eindruck machte, sprachen noch **Franz Abg. Londa-Stich** und **Abg. Draxl**.

Aus den Reden der beiden wären besonders jene Stellen der Rede des Abg. Draxl hervorzuheben, in denen er Einsprüche aus dem Willen des Mißtrauens der Abgeordneten der tschechoslowakischen sozialistischen Partei brachte.

Abg. Draxl erklärte unter anderem, daß dem Klub niemals ein Gesetz, welches im Plenum beraten werden sollte, vorgelegt oder vorgelesen wurde.

Auf die Ausführungen der vier ausgeschlossenen Abgeordneten erwiderte in einem Schlusswort Dr. Kozel, der sich gegen die Anträge Dr. Bartosels stellte.

Er erwiderte: Dr. Bartosel, der noch einmal alle Einwände kurz zusammenfaßte und am Schlusse seiner Ausführungen zu Dr. Kozel ironisch bemerkte:

„Wenn auch die Führer der tschechoslowakischen sozialistischen Partei von einem tschechoslowakischen Staate nichts gewollt haben, wir wußten, daß die tschechoslowakische Republik kommen wird und haben immer schon für sie gekämpft.“

Die Entscheidung des Wahlgerichtes.

Nach zweistündiger Beratung verläßt der Präsident Pantuzel die Entscheidung des Wahlgerichtshofes.

Alle vier Abgeordneten — **Doktor Verbensky, Dr. Bartosel, Draxl** und **Frau Londa-Stich** — werden ihrer Mandate verlustig erklärt und gleichzeitig werden **Mikuláš, Zavorstky, Jezek** und **Frau Podzimel** als ihre Nachfolger bestimmt.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben: Die vier angeklagten Abgeordneten wurden auf die Liste der tschechoslowakischen Sozialisten gewählt. Sie unterfertigten nach der Wahl einen Revers, in dem sie sich verpflichteten, nach dem Programm und dem Organisationsstatut der Partei zu handeln und im Falle des Zuwiderhandelns auf Verlangen des Parteiausschusses ihre Mandate niederzulegen. Nun wurden die vier Abgeordneten tatsächlich ausgeschlossen und kamen der Aufforderung, das Mandat niederzulegen, nicht nach. Bei dem hier geltenden System der gebundenen Kandidatenlisten werden nicht die Abgeordneten, sondern eigentlich die Parteien gewählt. Es ist Sache der einzelnen Parteien, welche Abgeordneten sie im Hause haben wollen. Die Unter-

zeichnung des Reverses sei ein bedingungsweiser Verzicht auf die Mandate gewesen. Darin, daß die vier Abgeordneten sich an dieses gegebene Wort nicht hielten, bestünde die unehrenhafte Handlung. Auf den zweiten Punkt der Beschuldigung einzugehen, sei überflüssig, da schon der erste sich selbst erledigt.

Nach der Verkündung der Entscheidung des Wahlgerichtes erklärte Dr. Verbensky, daß durch diese Erkenntnis die Verfassung verletzt

Rußland verhängt den Wirtschafts-Boycott über die Schweiz.

Abbruch aller geschäftlichen Beziehungen.

Moskau, 22. Juni. Der Rat der russischen Volkskommissäre hat nach einer Meldung der russischen Telegraphenagentur im Zusammenhang mit den nach der Ermordung **Worowski** entstandenen Gegensätzen beschlossen, über die Schweiz den wirtschaftlichen Boykott zu verhängen. Schweizer Bürgern, die nicht einer werktätigen Klasse angehören, soll die Einreise nach Sowjetrußland verweigert werden. Die Kommission für Außenhandel soll angewiesen werden, keine Handelsbeziehungen mit Schweizer Firmen anzuknüpfen und die mit Schweizern getroffenen Abmachungen nicht zu bestätigen. Die in der Schweiz befindlichen Vertreter russischer Handelsfirmen sollen abberufen und alle geschäftlichen Verhandlungen russischer Firmen mit der Schweiz abgebrochen werden. Schließlich sollen keine Verhandlungen über Konzessionen mit Schweizer Firmen oder Personen schweizerischer Staatsangehörigkeit stattfinden. Der Boykottbeschluss ist dem Präsidium des allrussischen Zentralauswärtigen Rates zur Genehmigung vorgelegt worden. Die ukrainische und georgische Regierung wird sich vermutlich dem über die Schweiz verhängten Wirtschaftsboykott anschließen und ihre ausländischen Vertreter anweisen, die hierzu erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Schon vor diesem Beschluß der Volkskommissäre hat das Komitee der Moskauer landwirtschaftlichen Ausstellung Schweizer Firmen das Recht, sich an der Ausstellung zu beteiligen, nicht eingeräumt.

und gebrochen sei und daß seine Partei für die Wiederaufrichtung der Verfassung kämpfen werde.

Im Auditorium brach bei der Verkündung der Entscheidung ein Sturm von Pfuirufen aus. Der Präsident **Pantuzel** unternahm nichts gegen diesen Ausbruch der Entrüstung im Publikum, sondern zog es vor, sich eilends zu entfernen.

Frankreichs Zugeständnisse.

Berlin, 22. Juni. (Eigenbericht.) Der „Sozialdemokratische Parlamentarierklub“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß Frankreich für die Aufgabe des passiven Widerstandes folgende Zugeständnisse machen dürfte: Die Besatzungstruppen werden auf 15.000 Mann reduziert, die zur Bewachung der technischen Kommission dienen. Die Verhafteten werden freigelassen und die Ausgewiesenen zurückgeführt. Es soll eine Kohlensteuerklasse errichtet werden und ihre Gebiete als

Abschlagszahlung der Reparationen an Frankreich fallen. Zur Sicherung des neu geschaffenen Zustandes soll ein militärisches Schutz- und Truppbündnis zwischen Frankreich und Belgien geschaffen werden. Die endgültige Räumung erfolgt nach Maßgabe der Zahlungen.

Diese Bedingungen würden doch gewisse Zugeständnisse bedeuten, wenn sie auch die Zustände vor dem ersten Jänner aufrechterhalten möchten.

Wieder ein Mord. — Verschärfte Absperrung.

Münster (Westfalen), 21. Juni. (Wolff.) In der Nähe des Flusses Lippe im Amtsbezirk **Wahl** sind heute früh, angeblich bei der Fahrvision, zwei belgische Soldaten erschossen und ein dritter schwer verletzt worden. Die beiden Täter sind entkommen. Ueber **Wahl** ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Eine Reihe von Personen wurden als Geiseln festgenommen.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, wird die **Pakontrolle** im Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete von Tag zu Tag schärfer gehandhabt. Außer den Strafen sind auch jetzt die bedeutenderen Landwege durchwegs mit Drahtverhauen gesperrt. Auch auf Feldwegen sind Maschinengewehre aufgestellt und in den Wäldern streifen Patrouillen. Wenn jemand bei dem Versuche ertappt wird, die Grenze außerhalb der Kontrollpunkte zu überschreiten, wird er von berittenen Truppen verfolgt. Auch Lebensmitteltransporte werden in zunehmendem Maße an der Grenze festgehalten. Die Kontrolle der Fahrwerke wird von Tag zu Tag strenger. Selbst Wagen mit kleinen Mengen Kohlen werden beschlagnahmt. In Essen ist auch heute früh von auswärts keine Milch eingetroffen.

Salentreuher — Totschläger.

Berlin, 22. Juni. Nach einer Meldung des „Tagblatt“ aus München ist der Vorstand der **Münchener Handelskammer**, **Kommerziant Sigmund Frankel**, beim Aussteigen aus der Straßenbahn von Antisemiten überfallen worden, die ihn mit einem Totschläger auf den Kopf schlugen, bis er blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach. Einige der Täter konnten von der Polizei bereits festgestellt werden.

Eine sozialdemokratische Forderung erfüllt.

Berlin, 21. Juni. (Eigenbericht.) Der Steuer-ausschuß des Reichstages hat beschlossen, die Vorauszahlungen der **Erwerbsteuer** auf das **25fache** und der **Körperschaftsteuer** auf das **35fache** zu erhöhen.

Die Maßnahmen zur Rettung der Mark.

Berlin, 22. Juni. (Eigenbericht.) Auf Grund der Ergebnisse der Besprechungen mit den Wirtschaftsvertretern über die Frage der Marktstützung wird der Reichswirtschaftsminister ein Memorandum bei der Reichsregierung vorlegen, das den geplanten Maßnahmen ihre endgültige Gestalt geben wird. Es handelt sich um eine Reihe von Eingriffen in den Devisenhandel, die folgendermaßen zusammengefaßt werden können: Allgemeines Verbot des Handels in **Valutaeffekten**, Revision der bereits erteilten Devisenhandels-

bescheinigungen und unter Umständen Wiedereinführung einer größeren Anzahl, Einschränkung der zum Devisenhandel zugelassenen Banken auf 10 bis 15 Prozent, Verbot des vor- und nachbörlichen Devisenhandels, Zulassung lediglich einer Einheitsnotierung in der amtlichen Börzenszeit. Eine neue Stützungsaktion der Mark soll mit der Herausgabe der neuen Devisenverordnungen einsehen. Der Plan einer Goldanleihe ist noch nicht über das Stadium der Erörterungen hinausgediehen.

Begnabigungsgeld der Gewerkschaften für Goerges.

Amsterdam, 20. Juni. (N. O. B.) Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben an den Internationalen Gewerkschaftsbund, Amsterdam, folgendes Telegramm gerichtet: „**Goerges**, Mannheim, Angestellter der badischen Anilin- und Sodafabrik, Ludwigschafen, vom französischen Kriegsgericht, Mainz, wegen angeblicher Sabotageakte zum Tode verurteilt. Urteil stütze sich auf ein Geständnis Goerges, das in achtstündigem Verhör unter fürchterlichen Mißhandlungen von Goerges erpreßt wurde. Entlastungszeugen über Alibi wurden nicht gehört. Interventiert in Frankreich gegen Vollstreckung des Todesurteils.“ — Auch Regierungspräsident **Gen. Grüner** hat eine Begnadigungsaktion eingeleitet.

Freigabe der Lebensmittellieferungen ins Ruhrland.

Eberfeld, 22. Juni. Vom 21. Juni ab ist die Aufgabe von Lebensmittellieferungen nach allen Stationen des Ruhrgebietes ohne jede Einschränkung freigegeben. Soweit Lebensmittellieferungen für die stillgelegten oder nicht mehr erreichbaren Bahnhöfe des Bezirkes Essen bestimmt sind, werden sie den von der Eisenbahnverwaltung bestimmten Ersatzbahnhöfen zugeleitet und von dort mit anderen Beförderungsmitteln ihrem Bestimmungsorte zugeführt.

Die deutschen Gewerkschaften für festen Grundlohn und bewegliche Zulagen.

Berlin, 22. Juni. (Eigenbericht.) Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich heute in der Frage der wertbeständigen Einkommen dahin entschieden, daß ein fester Grundlohn geschaffen werden soll, zu dem bewegliche Zulagen hinzukommen. Sonnabend wird sich der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft mit der Frage befassen.

Ein Wahltag der Labour Party.

London, 22. Juni. (Gavas.) Bei den Erwahlungen in **Morpeth** wurde der Vertreter der Arbeiterpartei **Robert Smilie** mit einer Stimmenmehrheit von 686 Stimmen gegen den liberalen Kandidaten gewählt.

Das neue Bulgarien.

Ein Epilog zum Sturz Stamboljiskis.
Die Wogen der Aufregung haben sich verlaufen, das Kriegesfeber so und so vieler militärischer Heißsporne hat sich gelost, und wo eben noch der Bauer **Stamboljiski** mit scheinbar unerfütterlicher Macht herrschte, führt nun der bürgerlich gesinnte **Jankow** die Regierungsgeschäfte. Seine Stellung ist gesichert, Frankreich, England und Italien haben sich mit der Veränderung der Dinge abgefunden, und wenn auch der **Belgrader** Außenminister Rintschitsch jetzt und in den nächsten Wochen derart maßlos „beschäftigt“ ist, daß er nicht einmal des neuen bulgarischen Geschäftsträgers **Rintschew** Antrittsbesuch entgegenzunehmen Zeit findet, so wird doch er und werden die anderen Staaten der Kleinen Entente die Anerkennung des neuen Regimes nicht dauernd verweigern können, wo die „Große“ Schwester sie so vorbehaltlos gewährt hat. Darum wäre es aber doch kurzfristig, die inner- und außenpolitische Bedeutung der Vorgänge in Bulgarien, mag sich auch der hysterische Lärm der ersten Augenblicke beruhigt haben, irgend wie zu untersuchen.

Stamboljiskis Bild schwankt je nach der Beleuchtung, in die es die verschiedenen Schilderer gestellt haben, zwischen hell und dunkel und nur eines lassen sämtliche Biographen gelten, daß er ein kraftvoller und rücksichtslos seine Ziele verfolgender Mann war. Und manches dieser Ziele sichert ihm auch gewiß beträchtliche Sympathien. Sein Kampf gegen den Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg verdient um des energischen pazifistischen Willens und um der Kühnheit willen, mit welcher er ihn geführt hat, ehrliebe Anerkennung und auch nach dem Zusammenbruch der imperialistischen Politik Ferdinands zeigte er sich in selbener Weise vom Gifte des Nationalismus frei, wenn er allen großbulgarischen Träumen bewußt entzog, jeden Anspruch auf Mazedonien fallen ließ und durch Vereinnahmung der Gegenseite auf dem Balkan dem übrigen Europa die Gelegenheit nahm, seine Hände immer wieder am Feuer der Balkanstreitigkeiten zu entzünden. Für eine gewisse soziale Einsicht des Mannes zeugte sein Kampf gegen den Großgrundbesitz und die Ueberzeugung, daß die Kraft der Agrarwirtschaft eines Landes im kleinen und mittleren Bauer liege, ja selbst manches halb sozialistische Glaubensbekenntnis konnte man aus seinem Munde hören.

Kann man also **Stamboljiski** die eine oder andere gute Absicht zubilligen, so muß man desto entschiedener die Methoden verurteilen, mit welchen er seine Zwecke zu erreichen suchte. Gewiß macht die arge kulturelle Rückständigkeit eines Großteils der Bewohner manches entschuldbar, was westlichen Anschauungen schlechterdings unfaßbar erscheint, aber darum widersprach doch die rücksichtslose, ja grausame Unterdrückung der mazedonischen Autonomiebewegung allzu kraß der Idee des Selbstbestimmungsrechtes. Das Wahlsystem, durch welches er sich und den Seinen die Macht zu sichern suchte, kommt auf ein Paar dem schamlosesten Wahlrechtstraß gleich, die Verfolgung und Einfernung gegnerischer Parteiführer, die brutale Niederwerfung des Eisenbahnerstreiks von 1920, die Lahmung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die Anebelung der Sozialdemokratie und des oppositionellen Bürgerblocks, Beamtenkorruption, Verschwendung zu persönlichen Zwecken — das alles sind Schuldposten, die das Konto des „Diktators“ schwer und unfähbar belasten. Umso mehr, wenn diesem gegen Parteien und Individuen gerichteten Terror keine Erfolge gegenüberstehen außer dem einen des leidlichen Einvernehmens mit den Nachbarn, wenn die Wirtschaft immer mehr verfiel und auf der gesamten Bevölkerung, selbst auf den von **Stamboljiski** geförderten Bauern, der bleierne Druck völliger Unfreiheit lag.

Ein Tyrann ist gefallen, und wie der Genosse **P. Djidroff** (Sofia) ausführte, war sein Sturz „für das Land eine Lebensnotwendigkeit“. Deshalb dem Regime **Jankow** Loblieder zu singen, liegt kein Anlaß vor. Der Offiziersputsch, der es heraufführte, sichert dem Militär ein gefährliches Uebergewicht, wenn es auch wahr bleiben mag, daß **Stamboljiski** auf anderem Weg nicht beseitigt werden konnte, und wenn sich deshalb auch die bulgarischen Genossen mit der Vertreibung des Teufels durch Belgebub zur Not abgefunden haben. Daß Sozialdemokraten ins neue Ministerium eintreten, wird überdies ein Abschwanken auf die Bahn **Mussolinis** verhindern. Nichtsdestoweniger werden wohl alle Nationalisten die Morgenröte ihres Tages schon am Himmel aufsteigen sehen und die bulgarischen Banden sich zu größerer Rührigkeit ermuntert fühlen — lauter Erwägungen, die einen Balkanrenner vom Range **Hermann Wendels** zu der Befürchtung veranlaßt haben, daß der faschistische Ring **Bahern—Ungarn—Italien** um ein neues Glied vermehrt werden sei. Die ersten Rundgebungen der neuen Regierung bestätigen diese Charakteristika nicht, betonen vielmehr, daß Bulgarien alle Friedensverträge und nachbarlichen Vereinbarungen streng einhalten werde und nach innen und außen die Gewaltmethoden des letzten Diktators vermeiden wolle. Daß sie zugleich diesen Diktator durch einen derart peinlichen „Zufall“ haben sterben lassen, zeigt freilich die gegenwärtigen Machthaber mit den speziellen „Eigentümlichkeiten“ des Balkans ziemlich vertraut. Man begreift deshalb, wenn sich in **Belgrad** eine gewisse Nervosität merkbar macht, zur Entrüstung haben auch die Südslaven keinen Anlaß, die bürgerlichen Politiker Europas schreien jetzt nirgends vor Gewalttaten schlimmerer Sorte zurück. Solange sich diese auf das eigene Land erstrecken, haben die Bewohner selbst mit den Uebelrättern

abzurechnen, das angemaßte Recht der Nachbarn, sich in innere Angelegenheiten eines Staates einzumengen, mit einem Zustand nervöser Unsicherheit und heimlichen Kriegsfiebers erzeugen.

In der Rede, welche Außenminister Nintschitsch über die bulgarischen Vorgänge hielt, stellte er sich antwortlich und öffentlich auf diesen Standpunkt, die Behauptung der Opposition, man hätte „eingreifen“ müssen, lehnte er als verwerfliche „österreichische“ Theorie des Präventivkrieges ab. Diese Ausführungen klangen sehr hübsch und überzeugend, ganz vom Herzen dürften sie aber Herrn Nintschitsch nicht gekommen sein. Wenn er vielmehr so maßvolle Töne anschlug, so nötigte ihn dazu vermutlich die bittere Enttäufung, die ihm das Verhalten des Prager und des Bukarester Bundesgenossen bereitet hat. Wenigstens ergehen sich die Belgrader Blätter in heftigen Angriffen gegen Rumänien und die Tschechoslowakei, die den südslawischen Protest nicht energisch genug unterstützt hätten, was aber will es scheinen, daß man in Prag schon des Guten viel zu viel getan hat. Der hitzige Eifer, mit welchem sich das tschechische Preßbüro in den Dienst des Generalen Daslavak und dessen familiäre Tendenzen von Bauernrevolte und Bauerbeeren unbefehlet verbreitet hat, stellte für den objektiven Beobachter eine ganz unzulässige, den Frieden bedrohende Propaganda dar, und wenn nun die serbischen Nationalisten zum Dank dafür von einem „Bruch der Bündnistreue“ und ähnlichen Verbrechen reden, so zeigt das nur dafür, wie verwerflich und gefahrenschwierig die ganze Bundespolitik der Gegenwart ist. Weit entfernt davon, einen Schutzwall gegen Ueberfälle zu bilden, stärken die Bündnisse den Militarismus aller Länder den Rücken und ermutigen sie zu einer aggressiven, ja provokatorischen Politik: Prag und Bukarest waren für die Belgrader Heer Posten im Reichserempel „Krieg mit Bulgarien“, trotzdem der Sozialer Unsturz die Interessen der Tschechen und Rumänen in keinem Punkte berührte. Derartige Erwägungen dürfen nicht Müll und Ziel der Kleinen Elemente bleiben, als Sturmholz für Voincares Ruhr- und Nintschitschs Mazedonienpolitik sind uns unsere Arbeiter und ist uns die gesamte Bevölkerung dieses Landes nicht feil. Ob mit Stambuljiski ein Tyrann oder ein Reformator fiel, diese Frage kann Gegenstand unseres Studiums sein, die außenpolitische Haltung der Tschechoslowakei darf für, weil sie eben nur Bulgarien angeht, mit keinem Hauch beeinflusst.

Inland.

Wie die deutschen Sozialdemokraten den internationalen Sozialistenkongress informierten.

Unter diesem Titel hat vor einigen Tagen das „Bravo Lidu“ seinen Lesern eine Sensation vorgefetzt, deren Inhalt in der Behauptung bestand, die Denkschrift der deutschen Sozialdemokraten an den internationalen Sozialistenkongress hätte eine „grobe Fälschung“ enthalten. Es lohnt sich, auf diese Behauptung des „Bravo Lidu“ zurückzukommen, damit gezeigt werde, wie dieses Blatt seine Anklagen gegen die deutschen Sozialdemokraten schmiedet. Das „Bravo Lidu“ behauptet also, die deutschen Sozialdemokraten hätten in der Denkschrift ein Zitat aus der Erklärung, die von den tschechischen sozialdemokratischen Vertretern auf der Berner Sozialistenkonferenz abgegeben wurde, gefälscht, wodurch künstlich die Vorstellung erweckt worden sei, die tschechischen Sozialdemokraten hätten gegenüber den Deutschen in der Tschechoslowakei damals eine andere Stellung eingenommen, als später. Und das „Bravo Lidu“ behauptet, das Zitat sei aus dem Text der tschechischen Erklärung in Bern herausgerissen und dadurch in seinem Sinne „grob verfälscht“ worden. Die tschechische Raffiniertheit der deutschen Sozialdemokraten sucht nun das „Bravo Lidu“ wie folgt nachzuweisen. In der Denkschrift wird als Beweis, daß die tschechischen Sozialdemokraten damals in bezug auf ihre Stellung zur nationalen Frage eine „beruhigende Erklärung“ abgaben, folgende Stelle aus der Erklärung zitiert:

„... Für beide Nationalitäten in der tschechoslowakischen Republik — und vor allem für die künftigen Kämpfe — in den proletarischen Schichten wäre es am vorteilhaftesten, wenn sich die Zubeutenden ausprechen würden.“

In Wirklichkeit habe dieser Absatz, wie das „Bravo Lidu“ sagt, gelautet:

„Wir können nicht zulassen, daß das sogenannte Sudetenland an Deutschösterreich und damit an Deutschland angeschlossen werde. Für beide Nationalitäten in der Tschechoslowakischen Republik — und vor allem für die künftigen Kämpfe — in den proletarischen Schichten wäre es am vorteilhaftesten, wenn sich die Zubeutenden ausprechen würden für das gemeinsame Leben im einheitlichen Staatsgebilde.“

In der Denkschrift ist tatsächlich der Satz nicht vollständig zitiert, wie übrigens schon aus dem am Beginn des Satzes eingefügten Punkten zu ersehen ist, aber es ist unerhört und stellt vielmehr eine Fälschung des „Bravo Lidu“ dar, wenn es behauptet, diese Weglassung wäre zu Fälschungszwecken beabsichtigt gewesen. Gehen wir der Sache nach! In unserer Denkschrift war behauptet worden, die tschechischen Sozialdemokraten hätten, bevor sie „ihren Posten an der Seite ihrer imperialistischen Bourgeoisie bezogen“, in Bern eine beruhigende Erklärung abgegeben, während es später für sie „offenbar Pflichten

der Internationalität nicht mehr gab.“ Die Richtigkeit dieser Behauptung wäre den Lesern des „Bravo Lidu“ sichtbar geworden, wenn dieses Blatt das volle in der Denkschrift enthaltene Zitat aus der Berner Erklärung der tschechischen Sozialdemokraten angeführt hätte. In diesem Zitat heißt es nämlich weiter:

„Die Befürchtungen vor einer Vergewaltigung sind unbegründet (...). Die tschechoslowakischen sozialistischen Parteien verbürgen den Deutschen volle und gleiche Staatsbürgerrechte, politische und sprachliche Entwicklungsfreiheit (...). Sie sind gewillt, mit dem deutschen Proletariat zusammenzuarbeiten, um die tschechoslowakische Republik zu einer modernen Institution auszugestalten, in welcher jede Nationalität über ihre speziellen Angelegenheiten selbst entscheiden wird.“

Diese Sätze und nicht der vorhergehende vom „Bravo Lidu“ zitierte Satz sind das Entscheidende in der von der Denkschrift unternommenen Beweisführung, daß in der Haltung der tschechischen Sozialdemokraten eine Wandlung zugunsten der Ideologie der tschechischen Bourgeoisie vor sich gegangen ist! Was in der Denkschrift bewiesen werden wollte, daß sich die Genossen Běhmý, Šampý, Růmce, Tagerle und Herr Dr. Krůse in Bern, also schon nach Konstituierung des tschechischen Staates für eine Zusammenarbeit mit den deutschen Proletariern und für eine solche Umgestaltung der Tschechoslowakischen Republik ausgesprochen haben, daß in ihr „jede Nationalität über ihre speziellen Angelegenheiten selbst entscheiden“ wird, das ist durch das obangeführte Zitat auch reichlich bewiesen, ebenso wie durch die spätere Politik der tschechischen Sozialdemokraten der Nachweis der Behauptung der Denkschrift erbracht ist, daß die tschechischen Sozialdemokraten „Pflichten der Internationalität“ nicht mehr anerkannten“. Es ist also der Versuch des „Bravo Lidu“, unsere Partei bei einer „Fälschung“ zu erwischen, völlig mißglückt. Dagegen mag es schon sein, daß der Jovod der Darstellung des „Bravo Lidu“, die tschechischen Arbeiter irreführen, zu verwirren und gegen die deutschen Sozialdemokraten zu verhetzen, durch die Rede des „Bravo Lidu“ erreicht wurde. Aber vielleicht findet sich bei den tschechischen Sozialdemokraten doch noch jemand, der sich der traurigen Methode des „Bravo Lidu“ schämt.

Zur Einberufung des Abgeordnetenhauses schreibt das „Bravo Lidu“ an leitender Stelle: „Wie bekannt, wurde zwischen den tschechischen Parteien ein langer und heftiger Kampf um die Novellierung der Vermögensabgabe und um die Sozialversicherung geführt. Die Regierung wird diese beiden Vorlagen dem Abgeordnetenhaus an einem Tage vorlegen, welches sie den Ausschüssen zuweisen wird, damit diese über die Vorlagen während der Sommerferien verhandeln, und deren glatte Erledigung in der Oktobersession des Parlamentes vorbereiten. Man hält dafür, daß beide Vorlagen noch vor der Verhandlung des Budgets erledigt werden. Die Junisession wird eine kurze sein. Am ersten Tag werden aus formellen Gründen zwei Sitzungen abgehalten, um dem Ausschusse das Krankenversicherungsgesetz zuweisen.“ Aus diesen Zeilen des „Bravo Lidu“ geht hervor, daß es den tschechischen Agrariern tatsächlich gelungen ist, das Einkommen zwischen Vermögensabgabe und Sozialversicherung herzustellen. Andererseits ist ersichtlich, daß in der Koalition über diese Vorlagen keine definitive Einigung erzielt wurde, wofür ersichtlich die kurze Junisession spricht und zweitens der Zustand, daß erst die Ausschüsse des Abgeordnetenhauses die glatte Erledigung der Vorlagen vorbereiten sollen. Bisher hat sich die Koalition in ihren Parlamentssitzungen über jede Vorlage genau geeinigt und sie erst dann dem Hause vorgelegt. Die Koalition hat sich also wieder einmal dahin geeinigt, daß sie sich später einigen wird. Das Spiel, das schon monatelang getrieben wird, soll solange als möglich fortgesetzt werden. Das ist der Sinn der Koalitionsbeschlüsse von vorgestern. — Die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses umfaßt die Fristverlängerung für die Verabschiedung verschiedener Gesetzesvorlagen durch den Senat, die zweite Lesung des Gesetzes über die Gebührenerleichterungen für das Jahr 1923, die Munizipalangelegenheiten der Abgeordneten Bobek, Kůřiv, Borovský und Šollých, sowie die Wahl eines Beisitzenden des Wahlgerichtshofes für den verstorbenen Dr. Arthur Šteblý.

Gegen das Klima-Regime. Die tschechischen Nationalsozialisten veranstalteten am gestrigen Tage in Kaschau Protestkundgebungen gegen den letzten Streich des Polizeikommissars Klima. Es fand unter anderem auch ein Versammlung statt, in der Redakteur Wůnsch das Regime des Kaschauer Polizeidirektors einer vernichtenden Kritik unterwarf. Er verurteilte das ungerichtete Vorgehen Klimas und seiner Helfer aus den Reihen der Bürokratie gegen Schlander und erinnerte an die Tätigkeit Klimas zuzuteilen des alten Oesterreich. Nach dieser Rede wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die absolutistische Herrschaft Klimas in Kaschau Protest eingelegt wird. Dieser selbst hatte umfassende Vorbringen gegen die Nationalsozialisten getroffen. In den Kasernen war das Militär konsigniert und auf den Straßen standen Polizeikordons. So demonstrierte also wiederum der Kaschauer Polizeidirektor

Telegramme.

Die österreichische Wahlreform.

Wien, 22. Juni. Der Kompromiß über die Wahlreform ist heute perfekt geworden. Die Mehrheitsparteien haben einen neuen Entwurf des Wahlgesetzes ausgearbeitet, der von der Festlegung der Wahlpflicht absieht und auch in der Frage der Reklamationsverfahren den sozialdemokratischen Wünschen entgegenkommt. Die Mandatzahl wird auf 165 herabgesetzt, so daß bei 6.158.146 Bundesbürgern in Oesterreich auf je 37.000 ein Mandat entfällt. Die Wahl soll entsprechend den Vorschlägen des Regierungsentwurfes in zwei Ermittlungsverfahren: zuerst in den Wahlkreisen, dann in den Wahlkreisverbänden erfolgen. An der gebundenen Liste wird weiter festgehalten.

Die Bundesangestellten-Bewegung.

Wien, 22. Juni. (Eigenbericht.) Die dem Reichsverband der Angestellten angehörenden Beamten haben heute mit der passiven Resistenz begonnen. Die gewerkschaftlich organisierten Beamten haben sich für die parlamentarische Regelung entschieden und sich bereits mit den sozialdemokratischen Nationalräten über die Führung des Kampfes beraten.

Polens Außenpolitik.

Warschau, 22. Juni. (Sch. B. V.) In Besprechung des gestrigen Exposee des Außenministers Szcha in der Sitzung des Außenausschusses des Sejm unterzeichneten die Mitglieder die kategorische Erklärung des Außenministers, daß die polnische Regierung entschlossen sei, gegenüber allen in ihren Nachbarn weiterhin die Friedenspolitik fortzusetzen. Die Gerüchte über angebliche aggressive polnische Pläne gegen Rußland und Danzig zu durchbrechen jeder Grundlage. Was das Verhältnis zu Deutschland anbelangt, erklärte der Minister, daß die Weiterführung des polnisch-deutschen Verhandlungen in Dresden der beste Beweis der friedlichen Tendenz Polens gegenüber Deutschland sei. Die polnische Regierung verwarf sich jedoch kategorisch gegen das öffentliche Auftreten der preussischen Minister gegen Polen und dagegen, daß die deutschen Staatsmänner die Rechte Polens auf die ihnen im Versailler Vertrage zugesprochenen Gebiete in Frage stellen. Sämtlich protestiert die polnische Regierung gegen die Ausweisungen polnischer Bürger aus Deutschland.

Auflösung des Rausenschen Hilfswertes.

Moskau, 22. Juni. Wie die russische Telegrammenagentur meldet, ist hier der Vertreter Rausens, Frid, eingetroffen, um die Auflösung des Rausenschen Hilfswertes vorzubereiten. Gleichzeitig wird Frid mit der Sowjetregierung einen Vertrag über landwirtschaftliche Konzessionen abschließen.

Angora gegen die Bolschewiki?

London, 22. Juni. (Havas.) Nach Blättermeldungen aus Angora hat die türkische Regierung beschlossen, alle russischen Bolschewiken anzuzuwiesen, die in Konstantinopel anlässlich sind.

Theunis bildet das neue Kabinett.

Paris, 22. Juni. Die Morgenblätter melden aus Brüssel gleichlautend, daß Theunis heute seine Beratungen beendet und heute abend bekanntgeben werde, daß er in der Lage sei, das neue Ministerium bilden.

Die neue Regierung Lettlands.

Riga, 22. Juni. Das neue lettische Kabinett zeigt folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident und Reichsverweser Matisovics, Inneres Biršneka, Krieg Dudenā (Landwirtpartei), Finanzen Punga (Sozialdemokrat), Eisenbahnen Paulsuk (der bisherige Ministerpräsident), Bildungswesen Gailits (Landwirtpartei), Justiz Solzman (Sozialdemokrat), Landwirtschaft Bauer (keine Landwirtpartei), öffentliche Arbeiten Klaušins (Sozialdemokrat).

„Landesübliche“ Unruhen in Albanien.

Belgrad, 22. Juni. Die von der albanischen Grenze eintreffenden Nachrichten über blutige Kämpfe zwischen albanischen Regierungstruppen und aufständischen Albanern haben in der hiesigen Öffentlichkeit eine gewisse Verunsicherung hervorgerufen, da man befürchtet, daß die Unruhen in Albanien in einem verhängnisvollen Zusammenhang mit dem Unsturz in Sofia stehen. Besondere Beachtung finden die Vorgänge in Nordalbanien, wo der Kommandant der Regierungstruppen, Brent Jaku, in Kämpfen mit aufständigen Matisoren schwer verwundet wurde. In Belgrader Regierungskreisen wird indessen erklärt, daß es sich auch bei den gegenwärtigen Unruhen in Albanien nur um die gewöhnlichen landesüblichen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Stämmen handelt, denen keine höhere politische Bedeutung beizumessen sei. Vorliegende zuverlässige Meldungen lassen wenigstens nicht erkennen, daß das gegenwärtige Regierungsregime in Albanien sich in einer kritischen Lage befindet.

Der hingende Soldat.

Von Henri Barbusse. Berechtigte Uebersetzung von Johannes Runde.

„Weil ich niemals Glück gehabt habe,“ erklärte der Urauber dem hübschen Mädchen. Und dann lag sichtbar alles. Lange Erfahrung im Unglück hatte die Gestalt zusammengeschrumpft, ausgemergelt, die Augen in ihre Höhlen gepfercht und die Bewegungen gestutzt, als wären es Federn. Nur sein Blick erhellte mit leisem Glanz das matte Gesamtbild, der Ausdruck der Augen, die ein ungeschickter Maler als kleine, zu schwarze Flecke auf gut Glück oben dem fahlen Rund des Gesichts aufgesetzt hatte. Seine Haut, der Stoff der ihn umschlotternden Felduniform sahen beide gleich verwaschen aus. Wie wenn Kinderhände den armen Soldaten aus Würfeln, Zylindern und Pyramiden, die ihre Farbe eingebüßt hatten und schlecht auseinanderpaxten, zusammengesetzt hätten.

„Es gibt Menschen, die dazu geboren sind, keinen Erfolg zu haben!“ Das war alles, was seine Mutter ihm einst als Wort des Abschieds mitgegeben konnte, seine auf dem Sterbebett liegende Mutter, deren Auge sich schloß. Alles, was er unternahm, verfehlte sein Ziel. Tage und Jahre verträdelte er. Das Wenige, was seine Eltern nicht vor ihm verloren hatten, verlor er. Seine Projekte hatten nicht Stand, noch Fuß, wie das Gerüst seines Körpers waren sie ein wirres Durcheinander, das zusammensürzte. Er lebte verschüchtert, abseits, in einem unbrüderlichen Gehäuse des Schweigens. Die Frauen hatten kein Auge für ihn, kaum daß die mildmütigsten seiner auch nur spotteten. Sprach er mit Männern, so sahen sie immer über ihn hinweg.

Dieser Mensch, der niemals glückliche, mußte — natürlich — ins Feld, ohne daß man — ebenso natürlich — irgendein Aufhebens davon machte. Verließ das Dorf nicht mit dem begeisterten Trupp, der sich am Wein der anderen betraufelt hatte, nein, ganz allein eines Abends, um ohne großes Trara irgendein Loch zu stopfen.

Wie ein Schatten in marschierender Kolonne war er der anonymste der Soldaten. Er rettete sogar heroisch Kameraden das Leben, aber seine Heldentat blieb unbemerkt, wie alles, was er tat. Jedenfalls aber war er feindlichen Augen und Kriegsgerichten glücklich entgangen.

Und so kehrte er zurück aus dem Gefilde der Menschenopfer — wenigstens für sechs Tage.

Während dieser kleinen Zeitspanne veranlaßte der Wille und die Huld Clairinens einen Wechsel der Dinge: ein eigentliches Zusammenreffen von Umständen war schuld, eine ihr fehlerhafte Hoffnung, der Mangel junger Männer in der ganzen Gegend und wirklich auch Sonnenschein, Jugend. Man sah sie auf goldig-grünen Wäldern, sie hielt ihr reizendes Näschen gefenkt, gleich neben dem großen Soldaten einer an der Lunge geführten Jungfrau Maria.

Wie er wieder zur Front ging und zum letztmal die Hand der Zurückbleibenden gedrückt hatte, blieb er noch lange allein in Dunkel und Frische der Dämmerung, sein Gesicht stand in Flammen und sein Herz glühte für lange, vielleicht für immer.

Er lachte laut auf wie ein Bezechter, obwohl er nicht betrunken war. „Was für drollige Verwandlungen gibt es doch!“ — Dieses triumphierende Weggehen, sechs Tage nach dieser mühen, verdrossenen Heimkehr! Jetzt war er der erste, der sich über den anderen lustig machte — über den, der er bisher gewesen war — und über die ungläubliche Anhäufung von Mißgeschick, das auf neuen Niederlagen wartete.

Der einstufige Reckvogel reifte, um seinen Gefechtsabschnitt wieder zu erreichen, eine Nacht, dann noch einen ganzen Tag. Der endlose Wechsel der Landschaften vermochte ihn nicht seiner fixen Idee, seinen lachenden Gedanken zu entreißen. Sie haften an ihm wie sein Name, und selbst im Gedränge des Wagens oder wenn er ganz regungslos, gebüßig wie ein Gepäckstück im Winkel des Wartesaals saß, gab er sich, seine Weisheit schmauchend, diesen Gedanken völlig hin, während den kleinen Kopf der Rauch wie der Dampf eines Kessels unwirbelte.

Die räumliche Entfernung oderte seine Erinnerung. Er schau sich vor Clairine eine Vorstellung, die von Stunde zu Stunde immer göttlicher — menschlicher wurde, eine anbetungswürdige und greifbar nahe, die immer mehr Clairinen entsprach.

Er stieg an einem Saltepunkte aus, den der Regen zu einem verschlammten Hofengelände gemacht hatte und setzte sich vergnügt in Marsch. Alles war Leuchten, Fausarenflanz in ihm, und stolz wie das Herz eines Dahnes schlug das seinige. Er durchdrang alles mit Leben, das fing mit dem unendlichen Abend an, der ihn umfing, und an der Schwelle dieses die Geheimnisse verbergenden Dunkels gelangte er sogar dahin, die Liebesempfindungen der anderen zu verstehen und zu erleiden.

Man näherte sich der Grenze des bewohnbaren Gebietes. Die Welt war grauig, düster geworden, voller schlummer Anzeichen. Er schlängelte sich längs der glatten Flächen und rechtwinkligen Depots hin, an einem großen Munitionspart vorbei, welchen das Zwielicht umbüfferte; das war eine Stadt mit Aufschichtungen roter und gelber Geschosse und schwarzer Torpedos, welche drohende, von Westen heranpostende Karren in Stunden ohne Sonne und Mondlicht ausgeschüttet hatten. Auch unter der Erde war auf helldarigen Flächen dieser lebendige Tod verhaunt.

In etwas weiterer Ferne, aus der tiefen schwarzen Dämmerung, strakte das hohle Auge der großen Kanone über den Rücken der Ebene. (Schluß folgt.)

Tages-Neuigkeiten.

Die Vergebung des Teplitzer Stadttheaters.

Direktoren: Dr. Höllering und Janovsky.

Teplitz, 22. Juni. (Eigenbericht.) Heute entschied nach einem längeren Referate des Stadtverordnetenkollegiums über die Vergebung des neuen Theaters. Das Theater wird in eigener Regie der Stadt geführt werden, wobei der Theaterleitung das spielfertige Theater, Heizung, Beleuchtung und das Kurorchestr zur Verfügung gestellt werden und für ein alljährliches Defizit bis zum Betrage von 120.000 Kronen die Haftung übernommen wird. Den beiden Direktoren wird eine Monatsgage von 7000 Kronen garantiert und an dem Neingewinn oder dem Restbetrag der 120.000 Kronen werden sie prozentuell beteiligt. Es handelt sich also um ein kombiniertes System von Eigenregie und Pacht. Die Direktoren haften mit einer Kaution von 150.000 Kronen für die Einhaltung des Vertrages und ein eventuelles Defizit über 120.000 Kronen. Der Vertrag läuft auf sechs Jahre. Außerdem verpflichten sich die Direktoren, auf Wunsch der Stadt nach zwei Jahren das Theater in Pacht zu übernehmen. Als Direktoren wurden Dr. Franz Höllering und Nikolai Janovsky gewählt. Die Beschlüsse wurden fast einstimmig gefaßt.

Das Elend der Kriegsinvaliden Arbeiter.

Das Proletariat dieses Staates leidet namenloses Elend unter dem Druck der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit, die diese im Gefolge hat. Die Kerntrennen der Armen aber unter den Arbeitern sind jene, die als Opfer des Weltkrieges diesen unter schwerer Schädigung ihrer Gesundheit, ihrer Arbeits- und Erwerbsfähigkeit überlebt haben, und jetzt, da es Hunderttausende erwerbslos und gesund er Arbeiter gibt, doppeltes Elend ertragen müssen. Nur ein Bruchteil von ihnen erhält eine lässliche Invaliditätsrente vom Staate und auch um diese müssen die Kerntrennen gar oft einen harten Kampf führen, wie an folgendem Fall gezeigt werden soll, der danach angeht zu sein scheint, das soziale Gewissen jener wachzurufen, die von staatswegen mit der Invalidenfürsorge betraut sind:

Genosse Heinrich Sch. aus Chodau wartet seit Jahr und Tag auf die Nachzahlung seiner Rente vom 1. Mai 1920 bis 1. Oktober 1922. Im März d. J. sprach er selber beim Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Prag vor, wo man ihm zusagte, daß seine Angelegenheit bald erledigt werden würde. Aber bis jetzt hat sich unser parlamentarischer Klub vergebens bemüht, dem Genossen zu seinem Rechte zu verhelfen. Den intervenierenden Genossen wurde am 11. April der nämliche Bescheid zuteil, daß die Nachzahlung der Rente in den nächsten Tagen erfolgen werde. Genosse Sch. erhielt aber weiterhin keinen Heller. Am 27. April teilte das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge dem Sekretariat des Klubs mit, daß erst eine Revisionsuntersuchung vorgenommen werden müsse, bevor die Auszahlung der Rente erneuert würde. Daraufhin richtete Genosse Sch. am 10. Mai an die Zentralstelle die Bitte, ihm mit Rücksicht auf seine Notlage einen Notvorschuß auszusprechen. Dieses Ansuchen blieb trotz verschiedener Interventionen drei volle Wochen unbeantwortet und erst am 22. Juni wurde den intervenierenden Genossen Mitteilung gemacht, daß die Rentennachzahlung im Ausmaß von 2688 Kronen noch am selben Tage der Liquidaturstelle angewiesen und Genosse Sch. spätestens in 14 Tagen im Besitz des Geldes sein werde. Obwohl dem Genossen Sch., wie erwähnt, schon einmal eine ähnliche bestimmte Zusage gemacht, aber nicht gehalten wurde, wollen wir doch annehmen, daß diesmal kein Verzug mehr eintritt. Selbst dann aber kann es nicht scharf genug kritisiert werden, daß man einen armen Kriegsinvaliden so lange auf die Befriedigung seiner berechtigten Forderung warten läßt. Dem Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge ist es bekannt, daß der Kriegsinvalide Heinrich Sch., der von Gläubigern reden kann, wenn er endlich einmal nach weiteren 14 Tagen seine 2000 Kronen erhält, sich in den allertraurigsten Verhältnissen befindet. Der Genosse, ein Bergarbeiter, hat im Kriege einen Rückensteckschuß erhalten und kann seitdem seinen Beruf nicht mehr ausüben; vom November 1922 bis April d. J. war er völlig arbeitslos, dann fand er für vier Wochen Arbeit und nun ist er wiederum seit Wochen ohne jeden Verdienst. Dazu kommt, daß er seit 14 Tagen wiederum an Lungenentzündung darniederliegt, welches Leiden eine Folge seiner Verletzung ist. In einem seiner Briefe heißt es:

„Natürlich kann ich weder Doktor noch Apotheke haben, weil ich nicht die nötigen Mittel habe, sie zu bezahlen. Von meinen letzten Sachen möchte ich doch nichts mehr verkaufen, da ich ja außer dem Bett, dem Tisch und drei Stühlen nichts mehr habe. Und es wird auch schwer für mich sein, wieder aufzustehen, da ich schon ganz von Kräften gekommen bin und mir auch die Mittel zum Essen fehlen.“

So also lebt Genosse Sch., eines der Millionen bedauernswürdigster Opfer des Weltkrieges, mit Weib und Kind! Die 2000 Kronen, die die auskundschaftenden Rentenbeträge ausmachen, hätten ihn vielleicht, hätte er sie vor Monaten erhalten, wenigstens die schlimmste Zeit wieder

Das ungarische Minoritätenrecht.

Gleichheit vor dem Gesetz. — Zulässig in Gemeinden, bei Gericht, bei Behörden, Gesellschaften u. dgl. — Die Schulpraxis.

Budapest, 21. Juni. (M.A.B.) Die ungarische Regierung hat in der Angelegenheit der Durchführung der im Trianoner Friedensvertrage zum Schutz der Minoritäten übernommenen Verpflichtungen eine Verordnung erlassen, welche folgende Bestimmungen enthält:

Jeder ungarische Staatsbürger ist ohne Unterschied der Rasse, der Sprache oder der Religion vor dem Gesetz gleich und genießt die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte. Aus der Zugehörigkeit zu einer Minorität kann keinem Staatsbürger bei der Erlangung von öffentlichen Stellen, Ämtern, Würden oder bei der Ausübung von verschiedenen Berufen weder ein Vorteil noch ein Nachteil erwachsen. Jeder ungarische Staatsbürger kann seine Muttersprache im Privatverkehr und im Geschäftsleben, bei der Ausübung seiner Religion, in der Presse und bei öffentlichen Ämtern voll benützen. Die Gesetze müssen in amtlicher Uebersetzung auch in den Sprachen der Minoritäten ausgegeben werden. Desgleichen müssen die in einzelnen Gemeinden zu publizierenden Ministerialverordnungen, Statuten und Rundschreibungen außer in der amtlichen Staatssprache auch in der Sprache der betreffenden Gemeinde verkündet werden. Die Protokolle der Generalversammlungen, der Municipien usw. müssen außer in der amtlichen Staatssprache auch in jeder Sprache abgefaßt werden, welche zumindest der fünfte Teil der Mitglieder des Municipalausschusses als Protokollsprache zu benützen wünscht. In der Generalversammlung darf jedes Mitglied neben der amtlichen Sprache auch seine Muttersprache frei benützen. Die Municipien benützen in ihren Zuschriften an das Ministerium und andere Ämter und Behörden die amtliche Staatssprache; sie können auch ihre Protokollsprache benützen. Die Geschäftssprache der Gemeinde wird von der Gemeindevertretung festgesetzt. In den Gemeindeversammlungen dürfen die Mitglieder neben der amtlichen Staatssprache auch ihre Muttersprache benützen. Im Verkehr der Gemeinden mit den Ministerien und den Municipien gelten dieselben Bestimmungen wie beim Verkehr der Municipien mit den Ministerien. Der einer sprachlichen Minorität angehörende Staatsbürger kann sich entweder in der Staatssprache oder in seiner Muttersprache an die Behörden wenden. Die auf seine Eingabe erteilte Entscheidung muß neben der Staatssprache auf Wunsch der Partei auch in der Sprache des Eingehers mitgeteilt werden. Die Gemeindebeamten haben in ihrem Verkehr mit den Minoritäten sich deren Muttersprache zu bedienen. Für Bezirksbeamte und Beamte der Municipien besteht diese Verpflichtung nur dann, wenn die betreffende Sprache die Muttersprache von mindestens einem Fünftel der Bewohner dieses Gebietes ist. Wenn der Beamte der betreffenden Sprache nicht mächtig ist, muß ein Dolmetsch verwendet werden.

Die folgenden Paragraphen behandeln die Anwendung der Minoritäten Sprachen im Gerichtsverfahren und räumen den Minoritäten auch hier die weitestgehenden Zugeständnisse ein.

Bezüglich der Schulen bestimmt die Verordnung, daß in jenen Schulen, wo die Zahl der Schulpflichtigen der sprachlichen Minorität vierzig erreicht, die betreffende Sprache gänzlich oder zum Teil als Unterrichtssprache benützt werden muß. Den von den Gemeinden und der Kirche erhaltenen Unterrichtsanstalten mit nicht ungarischer Unterrichtssprache kann das Öffentlichkeitsrecht nicht verlihen werden. Die Regierung

halbwegs überdauern lassen. Man kann sich vorstellen, mit welchem Bangen er und seine Familie auf das Geld warten, das wieder ein wenig Licht in ihr Dasein bringen soll.

Wir hoffen, daß er bald zu seinem Rechte kommt, wir hoffen aber auch, daß das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge in den vielen tausend anderen Fällen ähnlicher Art, die noch immer der Erledigung harren, sein Tempo etwas beschleunigen wird. Der Betreffende, den diese Gesellschaft jenen gibt, die für sie ihre geraden Glieder zu Markte tragen müßten, ist ohnehin nicht der Rede wert. Standalos und empörend aber ist es, wenn man den Verhungerten, Kranken und Verschmachtenden ihr gutes Recht auch nur eine Minute länger als unbedingt nötig vorenthält.

Basas Wählerverzeichnis. Da die Abschrift der Wählerverzeichnis teurer ist, muß sie natürlich auch schlecht sein. Der kommunistischen Lokalorganisation von Krá, welche eine Abschrift des Wählerverzeichnisses von Krá erworb, wurde aufstatt dieses Wählerverzeichnisses eine Reihe von zusammenhanglosen Papierbogen, die mit Namen von Wählern beschrieben waren, übergeben. Bei der Sichtung dieser Bogen hat es sich gezeigt, daß die Hälfte der Wähler des Buchstaben M fehlt und daß auch der gesamte Schluß dieses gelungenen „Wählerverzeichnisses“ unauffindbar ist. Der Skandal mit den Wählerlisten erhält durch diesen Vorfall eine neuerliche Belandung.

Die Landkröte des faschistischen Theoretikers. Die tschechischen Faschisten haben sich zu ihrem

wird dafür Sorge tragen, daß in den Bürger- und Mittelschulen für die einer sprachlichen Minorität angehörenden Schüler Parallellassen aufgestellt werden. Desgleichen wird sie auch dafür sorgen, daß im Interesse der Durchführung dieser Bestimmungen die entsprechenden Lehrkräfte ausgebildet werden. Für die Sprache und Literatur der im Lande lebenden Minoritäten muß an der Universität zumindest ein Lehrstuhl aufrecht erhalten werden. Die einer Minorität angehörenden ungarischen Staatsbürger dürfen zur Förderung der Sprache, der Kunst, Wissenschaft und Kultur Gesellschaften und Vereinigungen bilden und Gelder sammeln. Beamte, die der Sprache der Minorität nicht mächtig sind, haben diese innerhalb zweier Jahre in dem Maße zu erlernen, daß sie den Anforderungen genügen. Die Uebertretung der für die Beamten festgesetzten Normen bei der Benützung der Sprache bildet ein Disziplinarvergehen, welches im Falle der Wiederholung oder der Absicht einer schweren Strafe unterliegt. Die Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Ministerpräsident Graf Bethlen brachte einen Gesetzentwurf ein, durch den die Anerkennung der Sprache nationaler Minderheiten in den Gerichten und Verwaltungsämtern gesichert wird. Im Motivenbericht wird angeführt, daß im gegenwärtigen Ungarn die Zahl der fremdsprachigen Bevölkerung sowohl absolut, als auch relativ gering ist. Bloß Deutsche und Slowaken wohnen in kompakteren Siedelungen, aber gleichfalls mit Anderssprachigen vermischt. Trotzdem gebe es einige Gemeinden und Städte, in welchen die nationale Minderheit 20 Prozent erreicht, also die untere Grenze, bei deren Erreichung der gegenwärtig in Entwicklung begriffenen internationalen Auffassung gemäß, dem Sprachgebrauch der Minderheiten ein entsprechender Raum gewahrt werden muß.

Die „Prager Presse“ überschreibt die Meldung „ungarische Augenaußwischerei“ und nennt den einschneidenden Satz der Verordnung einen „Hohn auf die bestehenden Zustände in dem Ungarn der Heijas, Bronyai, Gömbös und der sonstigen „Erwachenden Magyaren“. Die Charakteristik trifft ganz gewiß zu und ebenso der Zweck, welchen die „Prager Presse“ dem Erlaß der Vorherrscher unterlegt: es wird wohl schon so sein, daß die ungarischen Terroristen durch ihre Treue gegen den Vertrag von Trianon in einem Augenblick dokumentieren wollen, wo sie vom Völkerverbund eine Anleihe haben möchten. Aber darum darf man doch auch nicht das Unbehagen überhören, das aus dem Kommentar des Prager Offizios spricht. Der wohlbestallte Lobredner unserer heimischen „Demokratie“ kann es nicht ertragen, daß der verrufenste Zwangsstaat Europas, sei es auch nur in jesuitischer Absicht und mit dem festen Willen, sie nie durchzuführen, eine Verordnung herausgibt, die prinzipiell festlegt, welche Rechte eigentlich nach modernen Begriffen den Minderheiten eines Staates gebühren. Ungarn glaubt, auf dem Papier seine Zugeständnisse an die Minoritäten anbieten zu müssen, um vor dem Völkerverbund eine gute Figur zu machen. Und da fragt sich nun unser Prager Pressen-Demokrat bestimmt, welche Figur seine Auftraggeber, aus dem ungarischen Sittenpiegel betrachtet, eigentlich machen, und die Antwort fällt nicht zum besten aus. Es ist immer peinlich, wenn ein anderer, überdies noch Schleichleumunder, schlägt, was das Mindestmaß an Anstand ist, und wenn man selbst dahinter noch beträchtlich zurückbleibt.

Inventar einen Theoretiker angeschafft, der den Faschismus „wissenschaftlich“ zu begründen hat. Es ist dies der Herr Professor Pivonka. Wie seine „Wissenschaft“ beschaffen ist, geht unter anderem aus folgender Lokalnotiz des „28. Rijen“ hervor:

„Landkröte. Erst heute erfahre ich, daß ich vor einem Monat im Bismarck-Coshy Smár (ein nationalsozialistisches Blatt. Ann. d. Red.) wegen eines in „28. Rijen“ veröffentlichten Artikels angefaßt wurde. Jene nationalsoziale Lausbüberei ist ein anonymes und deshalb bequemeres Werk meines geehrten Schwagers, des naiven und leeren Zeitungsschreiberleins oder Strohdreschers und Bezirkssekretärs von Neugedein. Da der verrückt gewordene nationalsoziale Fanatiker und Blödsinn nicht für seine Handlungsweise verantwortlich gemacht werden kann, kann er mich nicht beleidigen; ich werde großzügig seine Angriffe übersehen. Ich mache ihn nur auf den strammen Offizier Jakob Schmied österreichischen Gedankens aufmerksam, der auch sein Tschachernum lenigete und seinen Eltern vom Militär deutsche Briefe schrieb. Wenn der Herr Sekretär meinen Ratsschlag befolgt, so verstehe er seinen mit Butter bedeckten Kopf und gebe in Hin- und Herbewegung den Leuten Ruhe. Professor Johann Pivonka.“

Offenbar werden sich dergartige Landkröten, die da Herr Pivonka in die Welt schickt, in der faschistischen Presse nicht vermehren und die faschistische Landplage nicht noch vergrößern.

Wie kommende Kriege geführt werden. Während die Völkerverbände-Delegierten in Genf über Abrüstung schwachen, schreitet die Aufrüstung in allen Ländern fieberhaft fort. Nicht zuletzt ist dieses Aufrüsten verursacht durch die bedeutenden Fortschritte in der Flugzeugtechnik, die geradezu eine Revolutionierung des gesamten Rüstungswesens verursacht haben. So hat kürzlich die amerikanische Marine einen Probe-Fliegerüberfall auf Kriegsschiffe unternommen. Zuerst galt der Anfall einem Unterseeboot. Nach weniger als einer Viertelstunde lag diese modernste Wasserwaffe bereits zerstückelt auf dem Boden des atlantischen Ozeans. Die zweite, den Flugzeugen gestellte Aufgabe bestand in dem Ueberfall auf den alten deutschen Dreadnought „Alt Friesland“, der eine Wasserverdrängung von 13.000 Tonnen besitzt. Der amerikanische General Mitchell leitete den Anfall drahllos von einem Flugzeug aus. Erst wurden leichtere, hernach schwerere Bomben geworfen. Der Bericht hierüber sagt: „Die Wirkung der Tausend-Rilo-Bomben war devart entsetzlich, daß jeder Schuß auf allen Schiffen, welche dem Schauspiel in einem Umkreis von drei Meilen folgten, deutlich verspürt wurde. Nach der fünften Bombe begann das Schiff zu sinken und schlug um. 2½ Minuten nach dem Abwerfen der ersten Bombe verschwand das Schiff von der Wasseroberfläche, begleitet von dem Jauchzen aller Zuschauer.“ Was dieser Ausgang des Kampfes zwischen Kriegsschiffen und Luftfahrzeugen bedeutet? Er zeigt, wie schlecht all die Millionen und Milliarden angewendet sind, welche die Staaten für die bisherige Rüstungen angewendet haben und wie schlecht der Friede eines Landes durch eine noch so majestätische Flotte gesichert ist. Aber der spielende Sieg der neuesten Waffe über die geltrige bedeutet noch mehr. Stellen wir uns den Kampf auf das Land übertragen vor und wir werden der Gefahr dieser neuen Kriegstechnik rasch bewußt, denn wo bleibt, so müssen wir fragen, bei solcher Kriegstechnik noch eine Grenze des Krieges? Hören wir, was der bekannte holländische Flugzeugbauer A. S. C. Fokker kürzlich in einer in engerem Kreise gehaltenen Rede hierüber angeführt hat: „Die Mitwirkung des Flugzeuges an dem hinter uns liegenden Weltkrieg war“, so führte Fokker aus, „eine sehr bescheidene. Alles deutet aber darauf, daß seine Mitwirkung an dem nächsten Kriege eine wirklich gewaltige sein wird. Glaubt nicht, daß der Friede von morgen, welcher Nation er auch sei, einen Unterschied machen wird zwischen dem Geaner und der nichtkämpfenden Bevölkerung. Glaubt auch nicht, daß gegen die nichtkämpfende Bevölkerung nicht die wichtigsten und grausamsten Verteidigungsmitteln, wie Giftgas und dergleichen, aufgetreten werden wird, so sehr man auch in Friedenszeiten sich mit besten Absichten erfüllen und die schönsten Bestimmungen festlegen möge. Genau wie im jüngsten Kriege ganze Regimenter ins Feuer geschickt worden sind, werden in dem Kriege der Zukunft ganze Scharen von Flugzeugen „en bloc“ nach den fernsten, im Feindesland gelegenen großen Städten ziehen, um dort ihr Werk der Vernichtung, das bis dahin vollkommen sein wird, auszuführen. Offengehalten: ich habe die Ueberzeugung, daß die Massen keine blasse Ahnung davon haben, wie der kommende Krieg geführt werden wird.“ Fokker bestätigt damit in jeder Hinsicht das grausame Bild, welches Fimmen in seiner Rede im Haag von dem kommenden Krieg entworfen hat und welches er in den Satz zusammenfaßte: „Kommende Kriege werden die im Weltkrieg erlebten Grausamkeiten und Schrecken weit hinter sich lassen. Sie werden nicht mehr Kriege unter bewaffneten Heeren sein, sondern in das Nordfeld wird auch die gesamte Zivilbevölkerung einbezogen werden.“

Die rumänische Schreckensherrschaft in Bessarabien. Wie die Blätter aus Bessarabien melden, hat das Bukarester Militärkommando, das noch heute uneingeschränkt in Bessarabien herrscht, angeordnet, daß die Anbringung von Plakaten in russischer Sprache verboten wird. Die russische Bevölkerung Bessarabiens hat unter dem Terror des kommandierenden rumänischen Generals unsäglich zu leiden. Raub und Mord sind an der Tagesordnung. Das Militärkommando hat allen russischen Studenten in Bessarabien, die gezwungen sind, rumänische Schulen zu besuchen, untersagt, ihre Studien im Auslande zu vollenden oder überhaupt aufzunehmen. Die Industrie Bessarabiens steht vor dem Zusammenbruch, da ihr die rumänische Regierung hunderte Millionen schuldet, aber nichts zahlen will. Der ganze rumänische Terror geschieht — nach wohlbestimmtem Vorbild — unter der Flagge der „Nationalisierung“.

Die Schule einer deutschen Erzbergsgemeinde vor dem Verscholl. Unter Aufsicht Bruderblatt berichtet über die Schulverhältnisse in Rollendorf, einer armen Gemeinde im Erzgebirge: Die Gemeinde Rollendorf, soll ihr altes, unzureichendes, seit 30 Jahren verfallenes Schulgebäude: entsprechend umbauen oder neu errichten. Die Gemeinde hat jedoch kein Geld, bekommt auch kein Darlehen, denn die Steuergrundlage beträgt nur 2000 Kronen. Die deutsche Schule muß also gänzlich verfallen! Deutsche Kinder sind ohne Unterricht oder müssen im strengen Winter stundenlang bis zur nächsten Schule gehen. Nun hat sich ein „Schulbaukomitee“ gebildet, das sich an alle edlen Menschenfreunde, Vereine und Gemeinden um Spenden für den Schulbau in Rollendorf wendet. Wann die deutschen Kinder von Rollendorf ihre Schule bekommen werden, kann allerdings niemand sagen; nur daß dieselbe schon vor Jahren umgebaut werden sollte, ist gewiß. Weniger sicher ist, ob die 200. oder 300.000 Kronen in den nächsten Jahren durch Sammlung aufgebracht

werden. Nollendorf wird bis dahin keine Schule haben will die deutschen Vertreter des Bezirkes Karbih, wozin Nollendorf gehört, ihre Pflicht nicht erfüllen. 30 Jahre lang ist die Schule im Verfall, die Bezirksvertretung sah tatenlos zu. Jetzt wird öffentlich gesammelt, die Bezirksverwaltungskommission gibt keinen Laut von sich! Karbih ist kein armer Bezirk, wie etwa die Bezirke des Schmerwaldes und des oberen Ergebirges, Karbih ist finanziell so gut gestellt, um einer armen Gemeinde in einer so wichtigen Angelegenheit, wie es die Schule ist, zu helfen. Wenn die Vertreter kein Verständnis für solche Aufgaben haben, dann mögen sie nie mehr über die Verfassung der deutschen Schule klagen und schweigen, wenn über deutsche Kulturarbeit gesprochen wird!

Der Kampf gegen die Valutaspekulanten. Aus Warschau wird unter dem 22. Juni gemeldet: Die Valutabörse wurde heute wieder eröffnet und die Devisennotierungen aufgenommen. Die Vertreter der Banken haben in einer mit den Vertretern des Finanzministeriums stattgefundenen Konferenz ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt, sich den Anordnungen des Finanzministeriums zu fügen und die Hälfte ihrer Devisen, und Valutabestände der polnischen Landesbankenscheine zu übergeben. Die energische Aktion gegen die Valutaspekulanten wird in allen größeren Städten Polens fortgesetzt. Gestern abends wurde in Warschau eine polnische Razzia in den öffentlichen Lokalen unternommen, in welchen die Valutaspekulanten verkehrten und es wurden dabei neuerlich 64 Personen verhaftet. Gegen die flüchtigen Valutaspekulanten sind Steckbriefe erlassen worden.

Brag-London und zurück in einem Tage. Anfang Juli wird zwischen London und Prag ein Flugdienst eröffnet werden. Die Aeroplane werden die Entfernung von London nach Prag, das sind neunhundert Kilometer, mit zwei Stationen in sechs Stunden zurücklegen. Auf diese Weise wird man im Laufe eines Tages von Prag nach London und zurück fliegen können.

Verhaftung eines der Mörder von Eichwald. Donnerstag abends wurde im Brüxer Bezirksstrafhaus der nach Leipzig zuständige 27jährige Chausseur Otto Frauendorf verhaftet, dessen Personbeschreibung auf einen der Mörder von Eichwald paßt. Frauendorf wurde Donnerstag nachmittags in der Nähe der Grube „Minerva“ bei Brüx bei einem Heuhaufen mit einer Schußverletzung aufgefunden. Die Gendarmerie, die Frauendorf zur Ausweisleistung anhielt, ließ ihn ins Krankenhaus überführen. Als dann die Zeitungsberichte über den Mord in Eichwald einlangten, entdeckte man, daß die Personbeschreibung eines der Mörder auf Frauendorf paßt. Frauendorf, der dem Kreisgerichte eingeliefert wurde, bestreitet, mit dem Mord etwas zu tun zu haben, muß jedoch zugestehen, daß er sich am kritischen Tage in Eichwald aufgehalten hat. — Auch in Dresden wurden zwei verdächtige Männer verhaftet, die mit den Mördern identisch zu sein scheinen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Wie aus Benfen gemeldet wird, wurde am Dienstag in der Krügerwaldung bei Algersdorf der mit Baumfällen beschäftigte 27jährige Holzarbeiter Klum von einem stürzenden Baumstamm erschlagen. Seinem Arbeitskollegen wurde durch den Stamm die Antehaube zertrümmert.

Der noch immer blühende Schmuggel. Dieser Tage wurden in Pirkenshamer von der Großliger Finanzwache umfangreiche Schmuggelgüter aufgedeckt. Die gepackten Waren gingen zum größten Teil an eine Karlsbader und Prager Firma, wo sie auch sichergestellt wurden. Die sie unterrichtete ergab, haben diese Firmen um mehr als 500.000 K Waren über die Grenze schmuggeln lassen.

Die Stiefmutter ermordet. In einem Dorfe bei Gaha in Mähren hat der Schlosserlehrling Zoubel, der im 16. Lebensjahre steht, in der Nacht auf Montag seine Stiefmutter durch Hammerhiebe auf den Kopf getötet. Er wurde dem Gerichte eingeliefert.

Die Sühne eines Ueberfalles. Vor dem Dresdener Schwurgerichte hatten sich dieser Tage der 27jährige Schlosser Müller und der 27jährige Oskar Walter wegen gemeinschaftlichen Raubes zu verantworten, weil sie in der Nacht zum 20. Jänner den Oberweihenwäzler Thiermann in Mittelgrund bei Bodenbach in seinem Blockhaus ermordet und beraubt wollten. Die beiden waren von der 40 Jahre alten Tochter des Thiermann zu der Tat aufgeleitet worden. Der Plan mißlang jedoch. Die beiden, die man in Dresden verhaftete, wurden nach durchgeführter Verhandlung zu je zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrenverlust verurteilt.

Schrecknotat einer Eifersüchtigen. In Rabersdorf bei Mähr.-Schönberg versetzte die Briefträgergattin Gertrude Schinzel während eines Besuches der 17jährigen Witwe Marie Karger, die im selben Hause wohnt, mit einer Holzkeule ein Messer auf den Kopf. Die überfallene und schwer verletzte Frau hatte noch so viel Kraft, neue Angriffe der Schinzel abzuwehren bis Nachbarn herbeigekommen und die Rasende festnahmen. Wie die Erhebungen ergaben, hat die Schinzel die Tat aus Eifersucht begangen, weil sie die Karger verdächtigte, daß sie ein Verhältnis mit ihrem Manne, dem Briefträger Emil Schinzel, unterhalte.

Im Alter von 101 Jahren gestorben. In einer Gemeinde bei Wallachisch-Rezerich in Mähren starb dieser Tage ein ehemaliger Dienst der dortigen Gutsbesitzerfamilie im Alter von 101 Jahren. Trotz seines hohen Alters war der Mann bis zu seinem Tode im Besitze seiner körperlichen Kräfte und verrichtete noch Gärtnearbeiten.

Zusammenstoß zweier Elektrischen. Gestern früh stieß beim Nationaltheater in Prag ein Motorwagen der 25. Linie, der auf dem nassen Geseise nicht zum Stehen gebracht werden konnte, in einen in der Station stehenden Wagen der 13. Linie hinein. Bei dem Zusammenstoß wurden vier Personen leicht verletzt. Die beiden Wagen wurden stark beschädigt.

Der Ausbruch des Aetna vor dem Stillstande?

Die italienische Regierung lehnt ausländische Hilfe ab.

Rom, 21. Juni. Aus Catania wird gemeldet: Ein zeitweiliger Stillstand der Ausbrüche ist wahrscheinlich. Der erste Strom verläuft gegen Randazzo, der zweite, der die Bahnstation Castiglioni vernichtet hat, ist augenblicklich im Gelände zum Stillstand gekommen. Der dritte Strom in der Richtung Lingua Glossa hat sich wenige Meter vor dem Orte in einem seitlichen Bergeschnitt ergossen. Wenn er am Ausgange desselben sich nach rechts wendet, ist Lingua Glossa verloren. Ein neuer Arm, der sich in der Richtung auf Ballamalata abgezweigt hat, läuft gegen den Ortteil von Labinaro. Man erinnert sich, daß alle früheren Ausbrüche zumeist im Stadium voller Tätigkeit zum Stillstand gekommen sind.

Die „Agenzia Stefani“ meldet, daß die Regierung die Hilfe und Geldangebote des Auslandes zwar mit Dankbarkeit anerkenne, daß sie aber alle Beträge ablehne, weil das Land die Folgen des Unglücks allein tragen wolle. Selbstverständlich könne jedoch die Hilfe der Italiener im Auslande nicht ausgeschlagen werden.

Catania, 22. Juni. (Sabas.) Die Einwohner von Lingua Glossa beginnen in ihre Häuser zurückzukehren. Der von der Eruptionstätigkeit des Aetna verurteilte Gesamtschade wird auf 70 Millionen Lire geschätzt.

Kleine Chronik.

Das größte Sägewerk der Welt — verbrannt.

Stockholm, 22. Juni. Das größte Sägewerk der Welt, Kasket in der Nähe von Gefse, ist heute nachmittags durch ein Großfeuer vernichtet worden. Der Schade wird auf drei Millionen Kronen geschätzt.

Ein künstlicher Blitz von zwei Millionen Volt.

Die stärkste elektrische Kraft, die jemals von Menschenhand hervorgebracht worden ist, eine Kraft von zwei Millionen Volt, wurde kürzlich in den Laboratorien der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft von Pittsfield in Amerika erzeugt. Sie erreicht in ihrer elementaren Wirkungskraft den Effekt eines Blitzstrahls. Die Kraft wurde an einem in kleinem Maßstab zu diesem Versuch aufgebauten Dorf erprobt, das im buchstäblichen Sinne des Wortes durch die Entladung in Staub verwandelt wurde. Man verband die Erzeugung dieser gewaltigen Kraft dem Italiener Giuseppe Faccoli, der sich in Amerika den Ruf eines neuen Edison erworben hat, und der das Experiment zu dem Zweck ausführte, um das Leistungsnetz der Gesellschaft gegen Blitzschäden zu sichern. Faccoli behauptet, daß die Erzeugung so hochgespannter Ströme der Umformung der Materie zu dienen bestimmt ist, da sie eine Entwicklung, die auf natürlichem Wege unendlich lange Zeit erfordert, im Augenblick hervorzubringen vermag, so daß man auf diesem Wege Kohle und Diamanten künstlich erzeugen könnte. Jedenfalls bedeutet die Erzeugung einer so gewaltigen Spannung von zwei Millionen Volt eine außerordentliche technische Leistung. Von der Spannung eines natürlichen Blitzes, die Steinmetz auf 50 Millionen Volt schätzt, ist allerdings auch diese Leistung noch sehr weit entfernt. Den wirklichen Blitz künstlich zu erzeugen geht schon deshalb über die bisher gegebenen Möglichkeiten hinaus, weil es kein Material gibt, das in stande wäre, eine solche Spannung festzuhalten. Schon bei normalen Hochspannungen macht die Frage der Isolierung Schwierigkeiten. Im übrigen fehlt der Meldung jede Angabe der erzielten Stromstärke, so daß man sich von der Arbeitsenergie des von Faccoli erzeugten künstlichen Blitzes kein Bild machen kann. Der natürliche Blitz besitzt eine Stromstärke von 10.000 Ampere, so daß er an Energie die enorme Zahl von 500 Milliarden Watt — dem Produkt von Volt und Ampere — leistet. Erst wenn man den entsprechenden Energiewert des künstlichen Blitzes, in Watt ausgedrückt, kennt, kann man sich ein Bild von der hier künstlich erzeugten Kraft machen.

Ein Volkswirt, der das Geld verachtet.

Am 5. Juni waren zweihundert Jahre vergangen seit dem Tode, an dem Adam Smith, Englands berühmtester Nationalökonom, dessen klassische „Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Nationen“ eine bis auf die Neuzeit hinein wirkende volkswirtschaftliche Theorie begründete, in Kirkcaldy in Schottland das Licht der Welt erblickte. Gelegentlich dieses zweihundertjährigen Jubiläums weisen englische Blätter darauf hin, daß Adam Smith durch seine Lebensführung das Wort von den geizigen Schotten, bei denen in Geldsachen die Gemütskraft ausbleibt, glänzend erlegt hat. Es hat in der Tat kaum einen Mann gegeben, der das Geld so verachtete wie der große schottische Volkswirt. 1751 wurde Smith Professor der Logik und Moralphilosophie an der Universität Glasgow. Wie die übrigen Professoren, war er neben dem bescheidenen Gehalt auf die Kollegelder der Studenten angewiesen. Da diese sehr schlecht eingingen, trat er kein Bedenken, mit Rücksicht auf die Armut seiner Schüler den Studenten, die das Geld bezahlten, dieses wieder zurückzugeben. Und als der eine, ebenfalls ein Schotte, das Geld mit der Bemerkung zurückgab: das, was er empfangen habe, sei überhaupt nicht mit Geld zu bezahlen, geriet Smith in hellem Zorn und schob ihm mit den Worten: „Diese Vergeltung dürfen Sie mir nicht verweigern, nein bei Gott, das dürfen Sie nicht!“ das Geld in die Tasche. Als Smith später als königlicher Kommissar der Zölle in Edinburgh das damals geradezu fürstliche Jahresgehalt von 600 Pfund Sterling erhielt, hat er den Herzog von Buccleugh dringend die Zahlung der ihm zugewilligten Pension von 200 Pfund einzufrieren; aber der Herzog, der natürlich an, ein Schotte war, erwiebs sich in diesem Fall noch dackshädiger als die schottischen Studenten und ließ sich durch keine Vorstellung davon abhalten, die Pension weiterzuzahlen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Sozialversicherung, Arbeitslosenunterstützung, Einkommensteuer.

Sitzung der Zentralgewerkschaftskommission.

Im Klublokal der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten tagte gestern die Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie beschäftigte sich auch mit dem Gegenwärtigen über die Sozialversicherung. Nach einem einleitenden Bericht über den Stand der Sozialversicherungsfrage und den Inhalt des Gesetzentwurfes sprach sich die Sitzung dahin aus, daß gegen die Vorlage des Ministeriums für soziale Fürsorge vor allem einzuwenden ist, daß sie den Grundsatz der Selbstverwaltung in den Einrichtungen der Sozialversicherung völlig verneint und daß sie auch in den Leistungen erheblich gegenüber dem abweicht, was von einer ausreichenden Alters- und Invalidenversicherung mit Recht gefordert werden muß. Ueber einstimmend wendeten sich die Kommissionsmitglieder gegen die Treiberien der Industriellen, in der Sozialversicherungsfrage, die unter dem Vorwande, die Industrie könne neue Belastungen sozialpolitischer Art nicht ertragen, alle möglichen Schwierigkeiten der Gesetzgebung der Sozialversicherungsfrage bereiten. Beschlossen wurde ferner, in einem Gutachten an das Ministerium für soziale Fürsorge auf die Unzulänglichkeiten des vorliegenden Gesetzentwurfes zu verweisen, mit allem Nachdruck aber darauf zu bestehen, daß endlich mit der Einführung der Alters- und Invalidenversicherung unter Ausgestaltung der Krankenversicherung im Sinne der Beschlüsse der Gewerkschaften und des Ersten allgemeinen Krankentages in der Tschechoslowakei ernst gemacht wird.

Sehr scharf wendete sich die Kommissionsitzung gegen die willkürliche Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, für die jeder gesetzliche Grund fehlt und die zahlreiche Arbeitslose auf das bitterste trifft. Ein solches Vorgehen in der Frage der Arbeitslosenunterstützung widerspricht den Versicherungen, die von der Regierung bei der Beratung der Wirtschaftskrisis im Parlament dahin gegeben wurden, alles notwendige zu veranlassen, die Not der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zu lindern. Es verdient außerdem die schärfste Verurteilung, daß von der Staatsverwaltung bisher soviel wie nichts getan wurde, um die industrielle Krise zu mildern und daß sie jetzt obendrein daran geht, die beschäftigungslosen Arbeiter durch Herabsetzung der staatlichen Unterstützung zur Verzweiflung zu treiben.

Nach einem Berichte über den Entwurf des Dienststeuergesetzes beschloß die Kommission, durch ein Gutachten die Erhöhung des Steuerminimums zu verlangen und zu fordern, daß die rückständige Personaleinkommensteuer aus den Jahren 1918, 1919 und 1920, soweit sie aus dem Dienststeuereinkommen herührt, bis zur Einkommensgrenze von 15.000 Kronen abgeschriebe werden, und die übrigen in den höheren Einkommensteuerebenen vorhandenen Rückstände in Raten von zwei Prozent des Dienststeuereinkommens zur Einhebung gelangen.

Dann wurde über eine Reihe von Organisationsangelegenheiten berichtet, unter anderem über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Vorstandskonferenz, über die Frage der Betriebsauschüssen: und über das in den Herbstmonaten zu organisierende Vortrags- und Bildungswesen in den Gewerkschaften.

Die Selbständigenversicherung.

Eine sehr formale Sitzung des Beratungsausschusses.

Freitag vormittags fand unter dem Vorsitz des Ministers für soziale Fürsorge die konstituierende Sitzung des Ausschusses zur Ausarbeitung der Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Versicherung der Selbständigen statt. Der Ausschuh besteht aus circa 40 vom Ministerium für soziale Fürsorge bestimmten Mitgliedern, darunter aus Vertretern der landwirtschaftlichen und gewerblichen Körperschaften, Vertretern des Landwirtschaftsrates, der Handels- und Gewerbetammern

und Fachleuten. Für unsere Partei wurden zu dieser Sitzung die Gen. Abg. Sackenbergs und Leibl geladen.

Minister Sackman erklärte einleitend, daß der erste Teil der Sozialversicherung, nämlich die Regelung der Arbeiterversicherung in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebracht werden wird, und daß es nun auch notwendig sei, die zweite Vorlage, durch welche eine Versicherung der Selbständigen geschaffen werden soll, auszuarbeiten. Diese Aufgabe werde schwerer zu lösen sein, als die Frage der Arbeiterversicherung, weil es nicht nur an dem nötigen Material, sondern auch an einem entsprechenden Vorbilde fehle. Gelänge die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes, so würde dasselbe beispielgebend für das Ausland sein; im anderen Falle müßte das Wählingen auch im Auslande abschreckend wirken. Die Aufgabe des Ausschusses nach seiner Konstituierung sei die Einbringung eines engeren Komitees, welches über die Grundzüge beraten und noch Genehmigung derselben durch den Ausschuh an die Ausarbeitung der Vorlage zu schreiben hätte. Er teilt mit, daß Dr. Winter als Vorsitzender des Ausschusses in Voranschlag gebracht wird und gibt der Meinung Ausdruck, daß dieselben sechs Personen, welche die Sozialversicherungsvorlage auszuarbeiten, die Seele des engeren Komitees bilden sollten, in welches für die Landwirtschaft und für das Gewerbe noch je drei Vertreter zu entsenden wären.

Senator Dr. Soraček erklärt sich mit den Vorschlägen des Ministers einverstanden. Direktor Schnitzler fordert Aufklärung, ob sich die Versicherung nur auf die zwei Gruppen Landwirtschaft und Gewerbe erstrecken soll, tritt für Ausdehnung der Versicherung auf die freien Berufe ein und regt die Bestellung von Vertretern der freien Berufe in das engeres Komitee an. Sackman erklärt, daß vorläufig über die Ausdehnung der Versicherung nicht beraten werden kann, dies vielmehr dem Komitee zu überlassen sei. Vorläufig sollen nur die zwei genannten Gruppen eine Vertretung im Ausschusse erhalten.

Gen. Sackenbergs erklärt sich zwar mit der Einsetzung eines engeren Ausschusses einverstanden, warnt jedoch davor, daß man es bei der Ausarbeitung der Vorlage wieder so mache, wie bei der Sozialversicherung, wo nach Feststellung des Programmes und der Grundzüge, an welche man sich bei der Ausarbeitung der Vorlage gar nicht gehalten hat, der große Ausschuh überhaupt zu keiner Sitzung mehr einberufen wurde und den Mitgliedern des Ausschusses lediglich die einzelnen Kapitel der Vorlage, und zwar ganz zusammenhängend zur schriftlichen Meinungsäußerung übermittelt wurden, wobei natürlich von einer Mitarbeit oder Beratung keine Rede sein konnte. Er fordert daher, daß den Mitgliedern des Ausschusses regelmäßig über die Arbeiten des eingesetzten Komitees berichtet und bei jedem Kapitel der Ausschuh zur Beratung und Beschlufassung einzuberufen sei, so daß es sich nicht nur um eine Arbeit des engeren Komitees, sondern um eine Vorlage handle, welche auch vom ganzen Ausschusse beraten und genehmigt worden sei.

Abg. Sedlaček verlangt, daß der Ausschuh womöglich alle 14 Tage einberufen werde.

Abg. Dr. Winter ist dafür, daß das Komitee möglichst erweitert werde, damit „Eifersüchtigen“ und Vortwürfe vermieden werden, er schlägt vor, daß für jede Gruppe, Landwirtschaft und Gewerbe, je 5 Vertreter zu nominieren seien, welche mit den sechs Mitgliedern des bisherigen engeren Komitees über die Grundzüge und Richtlinien zu beraten und einer neuerlichen Sitzung des Gesamtausschusses zu berichten haben. Nach Genehmigung dieser Grundzüge durch den Ausschuh soll erst wieder über die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung der Vorlage beraten werden. Es sei aber ausgeschlossen, daß diese Kommission dem Ausschusse in bestimmten Zeitabschnitten berichten könne. Winter ist nur dafür, daß die Kommission nach Beratung eines jeden Abschnittes der Vorlage den Mitgliedern des Ausschusses diesen Abschnitt zur schriftlichen Äußerung übermitteln und daß die Sitzung des Ausschusses erst dann einzuberufen sei, wenn die Kommission sich über die Äußerungen einigte. Dann soll dem Ausschusse die Möglichkeit gegeben werden, über die Vorlage der Kommission und zwar kapitelweise zu beraten und zu beschließen.

In diesem Sinne erklärt der Minister die Beratungen über den formalen Vorgang für erledigt, worauf Abg. Dr. Winter zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt wurde. Die Vertreter der Landwirte und der gewerblichen Korporationen verlangen nun je sechs Vertreter in der Kommission. Es werden, nachdem sich die einzelnen Gruppen in gesonderter Beratung über die Vorschläge geeinigt haben, für die Landwirtschaft Wadaa, Dubichy, Slavik, Adamek, Praza und Goll; für das Gewerbe Fiser, Janabel, Mlsoch, Sedlaček, Retolsch und Tichy als Mitglieder der Kommission gewählt. Die Deutschen haben sich nur zwei Vertreter, den Obmann der Gewerkepartei Tichy aus Mählien und den Vertreter des Landwirtschaftsrates Goll. — Die erste Sitzung des Komitees soll Anfang September stattfinden.

Die Genossenschaft der Gast- und Kaffeehausinhaber in Brünn will keinen Kollektivvertrag. Wie wir bereits mitteilten, kündigte die Genossenschaft der Gast- und Kaffeehausinhaber in Brünn den Kollektivvertrag. Schon aus der dem Gehilfenausschuh zugekommenen Zuschrift war ersichtlich, daß überhaupt kein Betreiben vorhanden war, über einen neuen Vertrag, sei er in dieser oder jener Form, zu verhandeln. Diese

Auffassung wurde von einigen Genossenschaftsmittlern bestritten, indessen von den „Dolmetschern“, welche einen Auszug aus dem Protokoll der Ausschüßerversammlung der Genossenschaft veröffentlichten, als richtig bestätigt. Da heißt es unter anderem: „Zum Beschluß der Generalversammlung über den Kollektivvertrag wurde vom Ausschüß neuerlich beschloffen, den Kollektivvertrag weder zu verlängern, noch über einen neuen zu verhandeln.“ Die Herren wollen alle freie Hände haben, damit sie wenigstens verstanden kommen, die gattigewerbliche Selbstverwaltung zu machen. Wieder soll die gute alte Zeit zurückkehren, da dem Geschick bei der Aufnahme gesagt wurde: „Also, ich nehme sie auf, das und das ist ihre Pflicht, bei mir haben sie nobile Gäste und werden schön verdienen.“ Welchen Lohn sie für die Arbeit zahlen wollen, sprachen diese Herren nie! Darin waren sie aber immer solidarisch: sie zahlten nämlich überhaupt nichts! Um dennoch das Vertragsverhältnis zu regeln, wird der Gehilfenauschüß den Arbeitgebern Anfragen übermitteln, um eine Ueberricht zu gewinnen, welche Arbeitgeber für den Abschluß eines Vertrages sind. Wir werden Gelegenheit haben, uns jene Arbeitgeber zu besuchen, die dem Gebote ihrer Scharfmacher folgend, den Vertrag verschmähen. Wenn Kampf, dann Kampf mit Folgen!

Auch Holland gegen die Tschechoslowakei. Nachdem uns Belgien aus lauter „Freundschaft“ den Zollkrieg erklärt hat, will auch Holland einen ähnlichen Schritt tun. Bei der Debatte über das landwirtschaftliche Budget in der holländischen Kammer beschränkten sich einzelne Redner über das geringe Kontingent der landwirtschaftlichen Produkte, die zur Einfuhr in die Tschechoslowakei zugelassen werden. Auch die Handelskammer von Tilburg, eine der bedeutendsten holländischen Handelskammern, hat der Regierung einen Protest gegen den beschriebenen Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei überreicht, der sich nach der Ansicht dieser Kammer mit den Interessen des holländischen Handels nicht deckt. Auch in der Abgeordnetenkammer wurde verlangt, daß die Regierung den Handelsvertrag nicht ratifiziere und ähnliche Maßnahmen wie Belgien gegen die Tschechoslowakei unternimmt.

Bodenreformauschüß. Die angekündigte Sitzung, welche vom Verbands der deutschen Selbstverwaltungskörper verschoben werden mußte, findet am 26. d. M. im Parlamentsgebäude statt.

Vertrauensmännerwahlen in der Tabakregie. In der Zentraldirektion der Tabakregie fanden gestern die Wahlen in das Zentralvertrauensmännerkollegium statt. In der ersten und in der zweiten Sektion lag bloß eine Kandidatenliste vor. In der dritten Sektion (Arbeiter der Tabakfabriken) lagen drei Kandidatenlisten auf. Die erste Kandidatenliste der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten erhielt 38 Stimmen oder zwei Mandate, die tschechischen Sozialisten erhielten 19 Stimmen beziehungsweise ein Mandat. Es trafen Wahlresultate aus 19 Fabriken und von der Zentraldirektion der Tabakregie ein. Es fehlten die Ergebnisse in der zweiten Sektion aus Kaschau und in der dritten Sektion aus Munkacs.

Der große Landarbeiterstreik in Schlesien. Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes hat am 18. Juni 1923 wegen der notwendigen weiteren Durchführung des schlesischen Streiks die Bundeshilfe beantragt. Es stehen in Schlesien weit über 90.000 Landarbeiter nun schon in der vierten Woche im Streik, ohne bisher Streikunterstützung erhalten zu haben, weil der Verband allein den Streik nicht finanzieren kann. Es ist den Streikenden in den letzten Versammlungen versprochen worden, daß von nun ab an besonders bedürftige Familien Unterstützung

gezahlt wird. Damit erklärten sich die Streikenden einverstanden und werden den Kampf wie bisher geschlossen weiterführen, bis die Löhne der Geldentwertung angepaßt werden. Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat, da er logungsgemäß allein nicht darüber entscheiden kann, ob die Bundeshilfe den Landarbeitern zu gewähren ist, sondern die Entscheidung allen Verbandsvorständen obliegt, den Antrag des Landarbeiterverbandes den Verbandsvorständen befürwortend unterbreitet. Er glaubt, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit die schlesischen Landarbeiter- und Arbeiterinnen so weit als möglich unterstützen werden. — Wir der Unterstützung der Landarbeiter durch die Gewerkschaften wird die Kampffront der Streikenden eine neue wesentliche Stärkung erfahren. Die von den Agrariern erwartete Niederlage der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft dürfte also noch lange auf sich warten lassen.

Die Glasarbeiter-Internationale. Das Exekutivkomitee der internationalen Glasarbeiterorganisation tagte zuletzt in Nürnberg. Hierbei wurden folgende Forderungen für die internationale Arbeiterschutzeinrichtung bezüglich der Glasindustrie aufgestellt: Mindestalter 14 Jahre, in der Glasraffinerie 15 Jahre; Verbot der Frauenarbeit in der Glasraffinerie; Bezahlung von Ueberstunden sowie Sonn- und Feiertagsarbeit mit 100 Prozent Zuschlag. Die Gründung einer internationalen Arbeitslosen-Unterstützungskasse wurde vorläufig abgelehnt. Der nächste internationale Kongreß soll 1924 in Prag stattfinden. Nach Ausführungen des belgischen und deutschen Vertreters wurde gegen die Ruhrbesetzung protestiert. Auf dem letzten Kongreß des französischen Glasarbeiterverbandes wurden die unhaltbaren Zustände in bezug auf das Nichteinhalten der bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen vonseiten der Unternehmer besprochen. Kinder unter 12 Jahren sind in den französischen Glasbetrieben keine Seltenheit; die bestehende Vorschrift, wonach die Arbeit am Feuer nicht unter 15 Jahren und das Wasen nicht unter 18 Jahren gestattet werden soll, wird nie befolgt. Die Washingtoner Beschlüsse betreffend das Verbot der Nachtarbeit der Kinder sind bisher nicht ratifiziert worden. Auch die Gewerbeaufsichtsbeamten, denen die Kontrolle des Arbeiterschutzes obliegt, haben sich vollständig machtlos erwiesen. Der Kongreß beschloß, gegen diese Zustände zu protestieren, nötigenfalls das Streikmittel anzuwenden, oder die Sperre über die betreffenden Betriebe zu verhängen.

Devisenkurse.

Prager Kurze am 22. Juni.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1298 00	1302 00
10.000 Mark	2.29 00	2.79 00
100 belg. Francs	176.25 00	177.75 00
100 schweiz. Francs . . .	588.75 00	591.25 00
1 Pfund Sterling	133.12 50	134.62 50
100 Lire	150.75 00	152.25 00
1 Dollar	33.25 00	33.50 00
100 irana. Francs	206.25 00	207.75 00
100 Dinar	37.62 50	38.12 50
10.000 ungar. Kronen . . .	38.00 00	40.00 00
10.000 poln. Mark	3.65 00	4.15 00
10.000 österr. Kronen . . .	4.47 00	4.97 00

Züricher Schluschkurze am 22. Juni.

	Geld	Ware
Paris	34.47 50	34.55 00
London	25.69 50	25.71 00
Berlin	0.00.37 00	0.00.41 00
Wien	25.25 00	25.32 50
Holland	218.10	218 50
Bien	0.00.78 50	0.00.78 75
Budapest	0.06 00	0.06 50
Bras	16.68 75	16.70 00
New York	5.56 50	5.57 50
Wien	0.30 00	0.40 00
Warschau	0.00.45 00	0.00.55 00

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 16.69 75
Berlin	Mark 4095.00
Wien	österr. Kr. 2130.00

Kunst und Wissen.

Zwei Gastspiele Mario Chamlee-New York. Mario Chamlee, der Nachfolger Carusos und jetziger Star tenor des Metropolitan Opera House in New York, wurde für ein zweimaliges Gastspiel im Neuen Deutschen Theater gewonnen. Herr Chamlee, der in Prag zum erstenmal in Europa überhaupt auftritt, singt Montag, den 25. den Rudolf in Puccinis „Bohème“ und Mittwoch, den 27. den Alfred in Verdis „Traviata“.

Neues Theater. Heute Samstag „Hans Heiling“; morgen Sonntag „Orpheus in der Unterwelt“; Montag Gastspiel Mario Chamlee „Bohème“.

Kleine Bühne. Heute Samstag und morgen Sonntag nachmittags „Komteß Guderl“; Sonntag abends „Die gestohlene Stadt“ von E. E. Rich.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz, Westhüttl. Sonntag, den 1. Juli, 9 Uhr vormittags, in Salas Gasthaus in Straßchen Bezirkskonferenz. Auf der Tagesordnung stehen: Bericht vom Internationalen Kongreß in Hamburg (Referent Genosse Kögl er-Vodenbach), Gemeindevahlen und Allfälliges.

Bezirkskonferenz, Jägerndorf. Die am letzten Sonntag abgehaltene Bezirkskonferenz in Jägerndorf, an der 62 Personen in Vertretung von 36 Lokalorganisationen teilnahmen, beschäftigte sich vornehmlich mit den kommenden Gemeindevahlen. Nach einem Referat des Abg. Genossen Joll, an das sich eine lebhaft Debatte schloß, wurde der Beschluß gefaßt, in jeder Lokalorganisation sofort Sammlungen für den Gemeindevahlfonds einzuleiten. Weiter sollen durch die Bezirksleitung Distriktskonferenzen einberufen werden, die sich mit den Vorarbeiten für die Gemeindevahlen näher zu befassen haben. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde hierauf die Konferenz beendet.

Bezirkskonferenz, Mosenberg. Die Bezirkskonferenz am Sonntag war von 36 Organisationen mit 78 Delegierten besetzt. Die Abgeordneten des Wahlkreises waren durch Abg. Genossen Leibl vertreten. Die Konferenz wurde vom Genossen Schöttel geleitet.

Warnung ! !

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährt. Fliegenfänger **KOH-I-NOOR** Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik Prag-Vrövic Nr. 448/V. Tel. 7899.

Am ersten Punkt der Tagesordnung referierte Sekretär Genosse Breitsfelder, der der Konferenz ein Gesamtbild über sämtliche Lokalorganisationen vor Augen führte und dann auf die Bedeutung der Arbeiterpresse einging. Er sprach weiter die Gemeindevahlen, die Arbeitslosigkeit im Bezirke und das Verhalten der bisherigen Gendarmerie gegenüber den Arbeitlosen bei den Notstandsarbeiten. Abgeordneter Genosse Leibl knüpfte an die Ausführungen des Genossen Breitsfelder an und behandelte eingehend die kommenden Gemeindevahlen, sowie die Pressefrage und zeigte all die Gefahren auf, die dem Proletariat in nächster Zeit drohen. Die Debatte sang darin aus, daß sich die Vertrauensmänner der Gefahren bewußt sind und ihre Organisationen noch besser ausbauen werden, als es schon der Fall ist. Zum zweiten Punkt sprach Genosse Richter, der in seinem einleitenden Referate den Bericht vom Hamburger Kongreß darlegte. Der Bericht wurde mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Nach Abwicklung des dritten Punktes: „Interne Parteiangelegenheiten“ schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Arbeitskonferenz, Grulich-Landskron. Sonntag, den 22. Juni um 9 Uhr vormittags im Gasthaus Freudel in Silbetta ordentliche Arbeitskonferenz. Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben werden.

Bereinsnachrichten.

Urania.

Vierter wissenschaftlicher Spaziergang. Besichtigung der Radiostation auf dem Welfen. Sonntag, den 24., 11 Uhr vormittags. Treffpunkt vor dem Eingang. Karten: Urania-Kasse 3 K, Mitglieder 2 K. 1712

Briefkasten.

Ein Wanderer. Es kann sich bei dem angegebenen Führer nur um einen Führer durch die „Mährische Schweiz“ handeln. Diese liegt bei Piana, nördlich von Brünn.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die Dauerhaftigkeit Ihrer teuren Schuhe wird Sie überraschen, wenn Sie von Ihrem Schuhmacher die echten „Person“ Gummiabfälle anbringen lassen. „Person“ Gummiabfälle sind haltbarer und daher billiger als Leder, geben einen elastischen, ruhigen Gang, und sind heimeswegs ein Luxusartikel. „Person“ Gummiabfälle sind in allen einschlägigen Geschäften zu haben. 1693a

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Autobenzin, Autoöl sowie Fette usw. kaufen Sie am besten bei **Julius Beutel, Aussig.**

Gesunde Zähne durch **ELIDA Zahncrème**, **ELIDA Mundwasser**



Die Urkame.

12

Roman von Leonhard Frank.

Ich leide unter diesem entsetzlichen . . . Unglücksfall ungefähr so, wie ich als Kind gelitten habe unter den qualvollen Sonntagsspaziergängen mit der Familie.

„Wie denn! Einen Spaziergang kann man doch kaum mit einem Wort vergleichen.“ Der Vorsitzende blickte erstaunt von einem Weisiger zum anderen.

Der Dichter erwiderte mit einem eigenartigen, verböhnten Gesichtsausdruck: „Man muß das miteinander vergleichen, nicht nur diese Spaziergänge . . . mein ganzes Leben. Es nipfelt ja in diesem Unglücksfall.“

Der Vorsitzende lehnte sich zurück. „Einen Unglücksfall nennen Sie Ihre Tat?“

„Man könnte ihn mit einem Verurteilten vergleichen, den ich zufällig einmal mit angehen habe.“ Der Dichter sprach langsam und schien die Worte erst vom Boden abzulesen. „Das Erdinnere hat eine notwendige Bewegung gemacht . . . gemacht, wie aus Schlaf erwachend, und vom niederstürzenden Geröll sind einige Menschen erschlagen worden . . . Bei mir verurteilte die Summe aller qualvollen Erlebnisse, von denen das eine zweiundzwanzig Jahre in mir geschlafen hat, einen plötzlichen, unabwehrbaren Hofausbruch . . . und dabei ist der Lehrer umgekommen. Wie bei einem Erdbeben, das die Stadt einreißt und die Bewohner begräbt.“

„Der Lehrer ist also nur verunlückt, nach Ihrer Ansicht? . . . mit der wir hier nichts anzufangen wissen . . .“

„Ja. Meine Hände wurden nur als Nordwerkzeuge gebraucht.“

„. . . nichts anzufangen wissen; denn erstens

sind Sie keine Erdbeule, Ihr Mord kein Neben . . . und zweitens überhaupt.“

„Für mich deckt sich das vollkommen.“ Er sah den Vorsitzenden klar an und sagte laut: „Deshalb geht mich mein Mord, den ich vor mir selbst nie verantworten kann . . . diesem Gericht gegenüber nicht mehr an, als euch und jeden anderen Menschen.“

Der verblüffte Vorsitzende geriet in Unruhe, die sich auf die Geschworenen fortpflanzte und einer vagen Unsicherheit wich, hervorgerufen durch schnell und bestimmt gegebene Antworten des Dichters, der von seiner Ansicht nicht abzubringen war.

Der Staatsanwalt hatte scharf hingehört und nahm sich vor, diese Wendung des Angeklagten nicht aufkommen zu lassen. Er hatte eine hohe, reine Stirn und kluge Augen.

„Auf diese Weise können viele, scheinbar unbegreifliche, Verbrechen verstanden werden“, bemerkte der Dichter in sachlichem Tonfall.

Der Vorsitzende raffte sich auf und erinnerte, unter Assistenz des Staatsanwaltes, den Dichter daran, daß seine Mittellosigkeit dem Gericht bekannt sei und er wegen eines offensbaren Raubmordes hier stehe. „Ihre phantastischen Abschweifungen werden Ihnen also nichts nützen. Sie sind arm, der Lehrer ist tot . . . und das geraubte Geld fand man bei Ihnen . . . Stimmt das?“

Herzbellemmung zwang den Dichter, die Augen zu schließen.

Da schienen ihm Richter und Geschworene eine lange Reihe steil auf den Schwänzen sitzender Riesenraben zu sein. „Ich stehe der starr gefügten Macht des Geseges klein und rettungslos gegenüber.“ Und während er automatisch „Ja“ und „Nein“ und auch einige Male „Ich weiß nicht“ antwortete, dachte er: denen kann ich niemals erklären, wie es kam; denn sie erdrücken mich mit ihrer Logik, die nur an der Oberfläche des Ge-

scheus ihre Schlüsse findet . . . und dadurch recht behält.

„Sie geben also zu, daß Sie den Lehrer getötet haben, um Ihre Lage zu verbessern.“

„Aber, das gebe ich nicht zu.“

„Aber ja doch! Sie haben doch eben Ja gesagt.“

„Ich habe Ja gesagt? Ich dachte an etwas ganz anderes.“

„Sie müssen aber auf meine Fragen achten“, sagte der Vorsitzende ruhig. Gleichzeitig mit ihm hatte der Staatsanwalt etwas gerufen; und aus der Rekonstruktion der vorhergegangenen Fragen und Antworten mußte der Dichter erkennen, daß er tatsächlich Ja gesagt hatte.

„Gewiß hat er nicht Ja gesagt“, rief der Verteidiger plötzlich. Und wurde zornig, weil alle ihm ansahen, daß er lag.

„Ich möchte feststellen haben, daß er nicht Ja gesagt hat.“

„Haben Sie Ja gesagt?“

„Ja“, antwortete der Dichter geziert dem Vorsitzenden.

Der Staatsanwalt fragte: „Was verhinderte Sie, während der ersten Anwesenheit in der Heimaufstadt Ihr Verhaben anzuführen?“

„Alles hoffnungslos. Sie gehen gar nicht auf mich ein.“ Langsam sagte er: „Es ist nicht Gleichgültigkeit, daß ich Ihnen darauf nicht antworte.“ Und empfand den Wunsch, überhaupt nicht mehr zu reden. Oder etwas herauszubrüllen.

Da sah er zum ersten Male das klare Auge eines Geschworenen, das interessiert und klug auf ihn gerichtet blieb. Die andere Augenhöhle war leer. Des Dichters Bekenntnung wich sofort. Das ist das wahrhaftige Auge, dachte er. Die Hoffnung auf Rettung zog mächtig in ihn ein.

Er wandte sich an den Einäugigen, in dessen schmalen Gesichtszügen der Geist viele Falten gezeichnet hatte, sprach heiß und dringend: „Verstehen Sie mich — erst nachdem ich schon da war, bei meiner Mutter im Zimmer war, erinnerte ich mich an das Schulerlebnis. Ganz plötzlich. Es hat also volle zweiundzwanzig Jahre lang . . . heimlich in mir gesteckt und mich, wie ich jetzt ganz bestimmt weiß, aus seinem dunklen Versteck heraus gezwungen, in die Heimaufstadt zu fahren.“

Mit einem einfachen Lächeln: „Daran können Sie ja doch genau erkennen, daß ich mir nicht jagte: jetzt fahre ich heim, bringe den Lehrer um und nehme ihm sein Geld . . . Denn Sie verstehen? In Berlin wachte ich ja gar nicht, weshalb ich eigentlich zum Bahnhof lief und in den Zug stieg . . . Zeigen mußte!“

„Nur zur Aufklärung!“ Der Vorsitzende sprach geschäftsmäßig. „Wollen Sie damit sagen, daß dieses Erlebnis, das, nehmen wir einmal probeweise an, Sie gezwungen hat, zu reisen, Sie auch veranlaßte, den Lehrer umzubringen?“

„Nein“, sagte der Dichter fest. Und der Vorsitzende: „Gut.“

„Denn ein demütigendes oder sonst qualvolles Jugenderlebnis kann nicht mehr so gefährlich sein, nachdem man sich daran erinnert hat. Zuerst war ich sehr erregt, sehr erregt. Dann wurde ich nur recht traurig und wollte mich mit dem Lehrer ausöhnen. Er sollte sich ein bißchen entschuldigen bei mir, und alles wäre gut gewesen.“

„Und brachten Sie ihn um, weil er das nicht tat?“

(Fortsetzung folgt.)